

# UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFTEN

**NEIN!** 14. Juni: Tag der Entscheidung  
zur SVP-Chaos-Initiative Alle an die Urne, SVP-Initiative versenken!  
Seiten 6, 7 & 17

**Angriff auf Mindestlöhne: Das Referendum ist beschlossene Sache!** Seite 2



# Unsere + Fussball-Arbeiter

Gewerkschaften und Fussball sind beide erfolgreich, weil sie **Büezerinnen und Büezer** vereinen, egal woher sie stammen. Ein Blick auf die wohl grössenwahnsinnigste und **schmutzigste WM** der Geschichte. Und warum wir dann **trotzdem hinschauen.**  
Seite 3



**Das Gleichstellungsgesetz wird 30 Jahre alt**  
Ex-Nationalrätin **Christine Goll**, Unia-Chefin **Vania Alleva** und Nationalrätin **Anna Rosenwasser** sagen, was es da zu feiern gibt und was nicht. Seiten 12-13

# Feminismus: Es läuft!

Laut und bunt, zornig und zuversichtlich: 6 Seiten zum feministischen Streik 2026 und zum kommenden Care-Streik. Seiten 10-13 und 18-19





**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## GANZ SCHÖN BEDECKELT

Die SVP will die Schweizer Wohnbevölkerung bei 10 Millionen deckeln. Just am feministischen Streiktag stimmen wir über diese Initiative ab. Auf den Tag genau 45 Jahre nach der Verankerung der Gleichstellung in der Bundesverfassung. Und 30 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsgesetzes (Seiten 12–13). Darum lasst uns alles deckeln:

10 Millionen gebügelte Hemden sind genug.  
10 Millionen leere Bettpfannen sind genug.  
10 Millionen Windelwechsel sind genug.  
10 Millionen Putzlappenmeter sind genug.

**OBERGRENZE.** Klingt absurd? Ist es auch. Aber nicht mehr als der Bevölkerungsdeckel. Und was den feministischen 14. Juni anlangt: Die Initiative bringt uns der Gleichberechtigung keinen 10-Millionstel näher: Lohnungleichheit, Rentenlücken,

**Die Initiative bringt uns der Gleichberechtigung keinen 10-Millionstel näher.**

Gewalt gegen Frauen, unbezahlte Care-Arbeit, nichts davon wird mit dem Bevölkerungsdeckel besser. Im Gegenteil: Kommen weniger Migrantinnen, liegt die Gesundheitsversorgung 10 Millionen Mal flach. Denn die Frauen können nicht noch mehr. Sie können nicht «ein bisschen früher aufstehen und etwas später ins Bett» (Rudi Bindella). Sie sitzen nicht auf der Ersatzbank der Nation und warten darauf, endlich Vollzeit arbeiten zu dürfen (Seite 11). Denn das tun sie bereits. Sogar mehr als das, bezahlt und unbezahlt über 57 Stunden pro Woche. Mehr wäre absurd. So absurd, wie von unserer stolzen Fussball-Nati zu verlangen:

Stürmer sind ab sofort auch Schiedsrichter. Mittelfeldspieler übernehmen nebenbei die Massage. Der Goalie macht nach dem Spiel noch die Platzpflege. Und der Trainer wäscht die Trikots.

Der Goalie macht nach dem Spiel noch die Platzpflege. Und der Trainer wäscht die Trikots.

Der Goalie macht nach dem Spiel noch die Platzpflege. Und der Trainer wäscht die Trikots.

**STRAFRAUMGRENZE.** Im WM-Land USA, dem Trumpschen Absurdistan, würde das wohl nicht mal sonderlich auffallen (Seite 5). Doch was werden Schweizer Nati-Spieler wie Embolo, Sow, Manzambi, Ndoye oder Rodriguez wohl denken, wenn sie am 14. Juni aus Übersee auf die Schweiz blicken? Auf die Abstimmungsergebnisse? Auf das Land, für das sie rennen, kicken und schwitzen?

Im Fussball ist die Schweiz ja eigentlich ganz einfach zu erklären: Alle Spieler im roten Trikot gehören dazu, ob auf dem Spielfeld oder der Ersatzbank. Ob aus Zürich, Yaoundé oder einem Dorf zwischen zwei Bahnhöfen. 10 Millionen? Für Transfers wahrscheinlich nicht genug. Eine laut singende Menschenmenge, auf beschränktem Platz zusammengepfercht? Kein Dichtestress, sondern die Zuschauertribüne. Die entscheidende Grenze? Nicht jene zwischen zwei Ländern, sondern die Strafraumgrenze. Die beste Schweiz? Nicht jene, die am saubersten abgrenzt, sondern die, die am saubersten zuspiziert. Und auch beim 10-Millionsten Tor würden wir uns nicht fragen, ob die Schweiz gerade zu gross geworden ist. Sondern feiern.

# Referendum gegen das Lohnsenkungsgesetz beschlossen Das Volk wird sich die Löhne nicht senken lassen, wetten?

**Die rechte Mehrheit im Bundeshaus will vom Volk beschlossene Mindestlöhne senken. Kommt die rechte Mehrheit im Bundeshaus nicht doch noch zur Vernunft (nach Redaktionsschluss), kommt das Referendum.**

CLEMENS STUDER

**Darum geht es:** In der Schweiz können Zehntausende Menschen nicht von ihrem 100-Prozent-Job leben. Dagegen führen die Gewerkschaften seit über einem Vierteljahrhundert eine Mindestlohnkampagne: für Löhne, die zum Leben reichen. Doch Arbeitgeberideologen und rechte Parteien hassen Mindestlöhne wie die Pest. Sie bekämpfen sie, wo sie nur können. Denn,

**Betroffen sind Arbeiterinnen mit den tiefsten Löhnen.**

existenzsichernder Lohn sei «nicht die Aufgabe der Arbeitgeber». Und: «Irgendwo hört es auf. Da muss dann schliesslich die Sozialhilfe einspringen.»

**Das ist geschehen:** Seit mehreren Jahren läuft im Parlament der Versuch, vom Volk in Kantonen und Städten demokratisch beschlossene Mindestlöhne via Bundesdiktat zu übersteuern. Die konkrete Folge wäre, dass Tausenden von Menschen in den Tieflohnbranchen die Löhne wieder gesenkt würden. Betroffen sind Arbeiterinnen und Arbeiter im Gastgewerbe, in der Reinigung, in Coiffeursalons, Tankstellenshops und weiteren Branchen mit den tiefsten Löhnen im Land. Sowohl im National- wie im Ständerat haben rechte



**ENTSCIEDEN GEGEN DAS LOHNSENKUNGSGESETZ:** Die Unia hat vor dem Bundeshaus Flagge gezeigt. FOTO: LUCAS DUBUIS

Mehrheiten diesem Bundeslohn-Diktat zugestimmt. Damit hätten zum ersten Mal privatrechtliche Vereinbarungen Vorrang vor demokratischen Volksentscheiden. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth nannte die Vorlage im Nationalrat «einen parlamentarischen Miniputsch gegen die verfassungsmässige Ordnung in diesem Land».

**So geht es weiter:** Am 19. Juni geht es in den Schlussabstimmungen darum, ob das Lohnsenkungsgesetz definitiv beschlossen wird. Es sieht derzeit nicht danach aus, als ob die rechten Parteien noch Vernunft annehmen würden. Nach der Publikation im «Bundesblatt» beginnen die Gewerkschaften Unterschriften für das Referendum zu sammeln. Das haben sie schon längst angekündigt und unterdessen auch offiziell beschlossen. Dann hat das Volk das letzte Wort.

## Sonntagsverkäufe: Turbos ausgebremst

Mit Stichentscheid von Präsident Stefan Engler (Mitte) ist der Ständerat gar nicht erst auf die Verdreifachung der Sonntagsverkäufe eingetreten. Das ist eine herbe Niederlage für die Sonntagsverkauf-Turbos.

**SONNTAG = WERKTAG.** Die Vorlage will den Sonntag quasi zu einem normalen Arbeitstag machen. Und gleich auch noch die bisher verbindlichen Lohnzuschläge für Sonntagsarbeit streichen, wenn mehr als sechs Sonntage gearbeitet werden muss. Das heisst: mehr Sonntagsarbeit für weniger Lohn. Die Gewerkschaften bekämpfen dieses Ansinnen in einem breiten Bündnis gemeinsam mit kirchlichen Kreisen und medizinischen Fachpersonen. Die Vorlage kommt jetzt in den Nationalrat. (cs)

## Der Dreizehnte wird ausbezahlt, auch wenn SVP, FDP und GLP tröteln AHV: Rechte weiter auf Rache aus

**Die rechten Parteien haben die doppelte AHV-Ohrfeige vom März 2024 immer noch nicht verdaut. Und blockieren die Zusatzfinanzierung für die 13. AHV-Rente. Klar ist: Ist diese Rente finanziert, braucht die AHV keine Zusatzfinanzierung.**

CLEMENS STUDER

Im Dezember wird der Dreizehnte zum ersten Mal ausbezahlt. Daran gibt es nichts zu rütteln. Weil die Gewerkschaften schlau formuliert haben.

**Die rechten Parteien haben die Doppelohrfeige immer noch nicht verdaut.**

Sonst würden die Abstimmungsverliererinnen und -verlierer von SVP, FDP und GLP die Rentnerinnen und Rentner wohl bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten lassen.

Weil sie das nicht können, blockieren sie eine vernünftige und soziale Finanzierung der 13. Rente. Sie sind weiter auf jenem Rachefeldzug, den sie am Nachmittag des 3. März 2024 angekündigt haben. An jenem historischen



**DER DREIZEHNTE KOMMT:** Im Dezember wird die 13. AHV-Rente ausbezahlt, ob SVP, FDP und GLP wollen oder nicht. FOTO: KEYSTONE

Abstimmungssonntag sagte das Volk überdeutlich Ja zur 13. AHV-Rente. Und schickte gleichzeitig noch deutlicher eine freisinnige Initiative zur Rentenalter-Erhöpfung bachab. Die rechten Parteien haben diese Doppelohrfeige noch immer nicht verdaut.

### MIT FALSCHEN ZAHLEN

Darum wollen sie die 13. AHV-Rente so unsozial und so unsicher wie irgend möglich finanzieren. Damit die AHV-Finanzieren so schitter dastehen, wie sie seit Jahrzehnten behaupten. Früher noch unterstützt mit falschen Zahlen aus dem zuständigen Bundesamt. Unterdessen sind die Zahlen aus dem BSV realitätsnaher. In der neuen Reformvorlage des Bun-

desrates steht: Nach den aktuellen Perspektiven braucht es keine zusätzliche Finanzierung für die AHV, wenn das Parlament eine dauerhafte Finanzierungslösung für die 13. Altersrente beschliesst. Kurz: Dem wichtigsten Sozialwerk der Schweiz geht es gut, wenn man es lässt.

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien haben im Abstimmungskampf keinen Hehl daraus gemacht, welche Finanzierung der 13. AHV-Rente sie favorisieren: eine Erhöhung der Lohnbeiträge. Das ist die sozialste Finanzierung, weil die Reichen mehr bezahlen als die unteren und mittleren Einkommen. Die rechte Nationalratsmehrheit hält dagegen an

der unsozialsten Finanzierung ausschliesslich über höhere Mehrwertsteuern fest. Dass die Finanzierung zudem befristet ist, macht sie doppelt unsolid. Die Mehrwertsteuer belastet tiefe und mittlere Einkommen überproportional. Wer wenig verdient, gibt einen grösseren Teil seines Einkommens für Konsum aus. Wer viel verdient, spart und investiert.

### NATIONALRAT BLEIBT STUR

Der Ständerat hat einen tragbaren Kompromiss geschmiedet mit einer Mischfinanzierung und ist dem Nationalrat in weiteren Details entgegengekommen. Der Nationalrat trötelte am Dienstag weiter und wollte von einem Kompromiss nichts wissen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war das Einigungsprozedere zwischen den Kammern noch in Gange. Scheitert eine Lösung in der laufenden Session, gibt es vorerst gar keine Finanzierung der 13. Rente. Das wäre das Wunschscenario der AHV-Feindinnen und -Feinde. Es ist nicht ausgeschlossen.

Doch der AHV-Dreizehnte wird im Dezember trotzdem ausbezahlt. Dank der Mehrheit des Volkes. Und dank dem klugen Initiativtext der Gewerkschaften.

## Überlebt der Fussball diese WM?

# Mega-Gaga-Maga-Show



SCHAU, WIE SCHÖN ER GLÄNZT: Fifa-Chef Gianni Infantino und US-Präsident Donald Trump teilen eine Passion für goldene Geschäfte. FOTO: KEYSTONE

**Fifa-Boss Gianni Infantino und US-Präsident Donald «Jesus» Trump halten die teuerste, grössenwahnsinnigste und schmutzigste Weltmeisterschaft der Geschichte ab. Am Ende schauen wir wahrscheinlich trotzdem hin, denn immerhin rollt auch der Ball.**

OLIVER FAHRNI

Fussball und Gewerkschaften haben dies gemeinsam: Sie sind erfolgreich, weil sie die Buezer und Buezerinnen zusammenbinden, egal woher sie stammen. Auf dem Bolzplatz wie im Betrieb sorgen Kickerei und der Kampf um soziale Gerechtigkeit für das Miteinander, die gesellschaftliche Integration.

### SCHWEIZER ERFOLGSMODELL

Zur nordamerikanischen WM (Mexiko und Kanada bekamen nur 26 der 104 Spiele zugeteilt) reist die kleine Schweiz mit einer sehenswerten Mannschaft. Was immer Patrioten raunzen mögen – Xhaka, Embolo, Akanji, Vargas, Okafor, Ndoye, Jashari, Sow, Manzambi, Cömert, Zakaria, und wie sie alle heissen, sind nicht seit fünf Generationen im schönen Appenzell ausgebrütet worden.

### Die WM soll der Fifa 10 Milliarden Dollar einspielen.

Potential zu erkennen. Sie sind Teil einer neuen Schweiz. Einer kreolischen Schweiz. Sie ist ein Erfolgsmodell.

Als kürzlich Paris (PSG) und Arsenal aus Nordlondon den Final der europäischen Clubmannschaften ausfochten, jubelte die Fachzeitschrift «Afrik-Foot»: «Afrika hat gewonnen». Denn in beiden Teams spielten Ballkünstler vom Kontinent eine zentrale Rolle. Beim PSG aus den früheren französischen Kolonien, bei Arsenal aus den britischen. Fussball ist längst global. Ein Kampfplatz der Geopolitik sowieso. Nach dem Zerfall der Sowjet-

union sind allein in Europa 19 neue Nationalmannschaften entstanden.

### IN DEN FÄNGEN VON ICE

Der Schweizer Nati-Stürmer Breel Embolo durfte also verspätet doch noch in die USA einreisen. Andere bekamen die imperiale Arroganz des US-Regimes ungefiltert zu spüren. Irans Spieler haben Hausverbot, sie müssen in Mexiko nächtigen, obschon sie drei Gruppenspiele in den USA austragen. Wahrscheinlich wird sie Trumps ICE-Miliz an der Grenzmauer erwarten und nach dem Spiel sofort wieder ausschaffen. Sollte es durch irgendeine groteske Fügung zu einem Spiel Iran – USA kommen und die Iraner scoren, darf man damit rechnen, dass ICE-Agenten den Platz stürmen und die persischen Spieler unter Terrorismusverdacht festnehmen. Trump wäre es zuzumuten.

Wir dachten, die vollklimatisierte Wüsten-WM in Katar 2022 mit den vielen Bau-Toten, von denen die Fifa nie etwas wissen wollte, sei ein absoluter Tiefpunkt gewesen. Doch die rechten Strippenzieher können es immer noch schlimmer.

Diverse Teams müssen ohne ihre Fans spielen. Gegen 39 Länder hat Washington einen Reisebann verhängt. Iraner, Haitianerinnen, Irakerinnen und Kongolesen etwa bleiben draussen vor der Tür. Senegalesinnen und Ivorer ebenso. Brasilianer, Ägypterinnen und Kolumbianer kommen nur sehr schwer an ein Visum. Den Fans aus Algerien und Tunesien werden Kautionen bis zu 15 000 Dollar abverlangt.

### LATINOS MEIDEN DIE STADIEN

Doch selbst wer ein Visum ergattert, den Flug und das Hotel bezahlt und ein irrt teures Ticket (bis zu 2 Millionen Dollar) erstanden hat, kann noch abgewiesen werden. Hat er oder sie in den Social Media Kritik an Trump formuliert, droht gar eine Verschleppung in ein ICE-Lager. 120 US-amerikanische Gewerkschaften und Organisationen warnen Besucher, Spieler, Journalistinnen vor der Verletzung ihrer Grundrechte durch ICE. Besser, man fährt nicht hin.

Das Treiben von ICE ist Gift. Latinos wissen das ohnehin, sie werden die Stadien meiden in der Furcht, aufgegriffen zu werden. Just sie aber machen die Stimmung, in der Major League Soccer (der US-Fussballmeisterschaft) stellten sie vor Trump mehr als die Hälfte des

Publikums. Überall formiert sich Widerstand. Etwa in Los Angeles. Die Gewerkschaft «Unite Here Local 11», die auch das Dienstleistungspersonal im und um das Stadium organisiert, will sofort streiken, wenn ICE in der Gegend marodiert.

Für ICE ist die WM nur ein weiterer Drillplatz. Hochgerüstet mit neuen Rekruten, Waffen und einem Milliardenbudget, übt sie gemeinsam mit dem Big-Data-Kracken Palantir die Unterdrückung der Bevölkerung.

### GIERIGES HÄNDCHEN

Eigentlich wären das gute Gründe gewesen, den USA die Ausrichtung der WM zu entziehen (und gleich auch noch die Olympischen Spiele 2028 in Los Angeles). Doch nicht mit dem Liebespaar Infantino-Trump. Zu viel Geld ist im Spiel, die WM soll dem Grosskonzern Fifa an die 10 Milliarden Dollar einbringen. Dafür haben sie sogar die Spielregeln geändert. Ein Match zerfällt nun in vier Viertel, so können mehr Werblocks eingeschoben werden. Fussball? Trump zieht ohnehin Käfigkämpfe vor.

Hauptsache, auch der politische Ertrag stimmt. Für die WM haben sie eine riesige Propagandamaschine in Stellung gebracht, unter anderem mit Dutzenden von Influencerinnen. Gewiss wird alles ganz prächtig. Wir erinnern uns an die jämmerliche Szene, als Infantino Trump einen «Friedenspreis» überreichte und der Präsident die zugehörige Medaille mit gierigen Händchen an sich riss. Die Bromance ist echt. Sie sehen sich ständig. Sie teilen eine Weltansicht. Die Fifa hat bei Trump in Mar-a-Lago, Florida, Büros eingerichtet. Und plötzlich sass Infantino unter übelsten Staatschefs in Trumps Retorten-«Friedensrat». Gegen seine Abzockerei mit den WM-Tickets ermitteln inzwischen Staatsanwälte. Vielleicht wird das schönste Ballspiel der Welt auch diesen Missbrauch zwischen Trumps 80. Geburtstag, 250-Jahre-Feier der USA und offizieller Einweihung der Diktatur überleben. Zumindest dieser andere Fussball, der auf allen Strassen dieser Welt gespielt wird. In Clubs mit antifaschistischer Tradition wie Red Star (Paris), St. Pauli (Hamburg), OM (Marseille) oder Livorno 1915 (Italien).

**Tipp:** Der uruguayische Autor Eduardo Galeano («Die offenen Adern Lateinamerikas») hat ein wunderbares Buch über Fussball geschrieben: «Der Ball ist rund» (Unionsverlag).



## Laura und die Haie

Kürzlich brannte es auf der Hardbrücke, und zwar richtig! Die Hardbrücke ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt: Gross, wichtig und immer stark frequentiert.

Ich stand also am Samstagnachmittag mitten auf der Hardbrücke und blickte zum Himmel hoch, der Asche nach. Im Hintergrund der schicke, teure



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Prime Tower. Als ich am Feuer vorbeikam, war noch zu erahnen, dass da wahrscheinlich ein Minihochhaus aus Holzlaten und Karton gestanden hatte, bevor es kontrolliert angezündet wurde.

**MONSTER.** Eine kreative und vielsagende Idee, dachte ich mir und lief mit 2500 anderen Menschen weiter durch die Stadt. Die grosse Wohndemo brachte die Strassen auf eine wunderschöne Art zum Brennen. Die Menschen haben auf unsere Wohnungsnot

### Da darf gut die halbe Stadt still stehen.

in der Stadt auf unterschiedliche und originelle Weise und vor allem mit sehr deutlichen Ansagen aufmerksam gemacht. Überall gab es was zu sehen, kleine Minihäuser auf Rädern, in denen Kinder sassen, riesige grüne Monster, gierige Profithaie, Tausende Plakate, Zeichnungen, starke Parolen und immer wieder dieser eine Satz: Wir bleiben!

**ANGST.** Ein grosser Teil von Zürich stand für ein paar Stunden still. Und da kam die nächste Ansage, die mich etwas nervte. «Wir bitten Sie um Verständnis», hiess es den ganzen Nachmittag über die Lautsprecher der VBZ, der Betreiberin des städtischen Bus- und Tramnetzes. Um Verständnis bitten, wofür? Wir bitten um Verständnis, dass Menschen aus den Häusern vertrieben werden. Wir bitten um Verständnis, dass Menschen aufgrund der steigenden Mieten die Stadt, ihr Zuhause verlassen müssen. Wir bitten um Verständnis, dass Menschen Existenzängste erleben. Wir bitten um Verständnis, dass ganze Familienquartiere und kleine Läden den Konzernen weichen müssen. Die VBZ-Ansage könnte heissen: «Wir bringen Sie sicher an die Demo, damit wir alle um unser Recht auf Wohnen kämpfen können, weil Wohnen ein Grundrecht ist.» Das wäre doch was! Die Leerkündigungen und Mieterhöhungen betreffen uns alle. Da darf gut mal die halbe Stadt stillstehen

**SPANNUNG.** Am 14. Juni wird die Stadt erneut stillstehen, weil der feministische Streik stattfindet. Zudem warten wir gebannt auf die Abstimmungsergebnisse zur Chaosinitiative und auf kantonaler Ebene zur Wohnschutzinitiative. Ich bin dreifach gespannt. Die drei Themen haben eine Gemeinsamkeit: Ohne die Arbeit der Frauen, ohne Migrantinnen, die Care-Arbeit leisten, und ohne bezahlbare Wohnungen ist kein Leben möglich. Dann steht wirklich alles still. Wer wird dann Verständnis haben?

# Massenproteste gegen Luxus-Resort

**TIRANA.** Seit Anfang Juni gehen die Menschen in Tirana, der Hauptstadt Albanien, zum Protest auf die Strasse. Die Mittelmeerinsel Sazan und das Naturschutzgebiet Vjosa-Narta sollen für ein milliardenschweres Bauprojekt von Ivanka Trump und Donald Trumps Schwiegersohn geopfert werden. Das Ziel: ein Tourismus-Resort für Superreiche. Die Wut unter den Albanerinnen und Albanern ist gross, denn die Region ist heute ein wichtiges Naturschutzgebiet für Zugvögel und Meerestiere. Die Protestierenden kritisieren die Nichteinhaltung von Gesetzen und verdächtigen die Regierung wegen Korruption.

## Premiere: Rinast kommentiert WM

**ZÜRICH.** Das ist eine längst überfällige Premiere: Mit Rachel Rinast kommentiert zum ersten Mal eine Frau Spiele der Fussball-WM der Männer für SRF. Was Rinast drauf hat, bewies sie bereits 2025 als



**PIONIERIN:** Rachel Rinast war einst selbst Nati-Spielerin. FOTO: SRF

Kommentatorin bei der Frauen-EM in der Schweiz. Nun ist sie Teil des elfköpfigen Teams, das alle 104 Spiele der WM live für SRF begleitet. Ihr Debüt gibt sie am 27. Juni beim Spiel Ägypten gegen Iran. Bis dahin weilt Rinast in den Fitterwochen.

## 8 Wochen Ferien für Lernende

**ZÜRICH.** Wofür die Gewerkschaften bereits länger kämpfen, wird jetzt für die ersten Lernenden in der Schweiz Realität: Für alle 1400 Lernenden der Zürcher Stadtverwaltung werden die Ferien von bisher fünf auf acht Wochen erhöht. Die Stadt Zürich möchte damit eine Vorbildfunktion für andere Lehrbetriebe übernehmen und eine attraktive Arbeitgeberin sein. Das Zürcher Stadtparlament hatte die Erhöhung des Ferienpensums für Lernende mit der Annahme einer Motion der Alternativen Liste beschlossen.

## Dänischer Pensionsfonds schliesst SpaceX aus

**KOPENHAGEN.** Der dänische Pensionsfonds «Akademikerpension» setzt SpaceX auf eine schwarze Liste. Die US-Firma, zu der neben dem Raketenprogramm auch X und die KI Grok gehören, sei stark überbewertet. Zudem sei die Führungsstruktur von SpaceX «äusserst mangelhaft». Elon Musk wird voraussichtlich mehr als 80 Prozent der Stimmrechte kontrollieren und gleichzeitig CEO, Vorstandsvorsitzender und technischer Leiter des Konzerns sein. Auch Schweizer Vorsorgegelder werden das umstrittene Unternehmen nach dem Börsenstart am 12. Juni mitfinanzieren.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

## Die dümmsten Argumente in der Pflegedebatte



**PFEIFEN AUF DEN VOLKSWILLEN:** (v.l.) Celine Amaudruz (SVP), Thomas de Courten (SVP), Andreas Glarner (SVP), Diana Gutjahr (SVP) und Cyril Aellen (FDP). FOTOS: KEYSTONE/MONTAGE: WORK

Den Volkswillen umsetzen? Nein, davon wollte die rechte Mehrheit im Nationalrat nichts wissen. Zwar sagten vor bald fünf Jahren satte 61 Prozent Ja zur Pflegeinitiative und damit zu besseren Arbeitsbedingungen in Heimen, Spitälern und Spitzex. Doch mit den Stimmen aus SVP, FDP und Mitte kippte der Nationalrat fast alle Verbesserungen aus der Vorlage. Nein zur 40-Stunden-Woche, Nein zu einem fairen Ausgleich von Überstunden. Auch zu einer Senkung der erlaubten Höchstarbeitszeit von 50 auf 45 Stunden pro Woche, wie dies etwa in Bürobereichen gilt, sagte der Rechtsblock Nein. Das macht

**Überzeugende oder auch nur einigermaßen schlüssige Gründe waren selten zu hören.**

die Pflegenden hässig. Und es schadet allen, weil der Rat kaum etwas gegen die wachsende Pflegekrise tut. Doch die Debatte war noch aus einem anderen Grund bedenklich: die Begründungen der Rechten für ihr Nein. Überzeugende oder auch nur einigermaßen schlüssige Gründe waren selten zu hören. Das amtliche Bulletin vom 28. April gleicht eher einer Sammlung der dümmsten Argumente, welche die Schweizer Politik je über sich ergehen lassen musste. work hat die Debatte aufgeschlüsselt: Von der Angstmacherei mit Personalmangel über Bünzliargumente bis zur Drohung mit dem «Prämienclub» ist alles dabei.

Die Pflegenden hässig. Und es schadet allen, weil der Rat kaum etwas gegen die wachsende Pflegekrise tut. Doch die Debatte war noch aus einem anderen Grund bedenklich: die Begründungen der Rechten für ihr Nein. Überzeugende oder auch nur einigermaßen schlüssige Gründe waren selten zu hören. Das amtliche Bulletin vom 28. April gleicht eher einer Sammlung der dümmsten Argumente, welche die Schweizer Politik je über sich ergehen lassen musste. work hat die Debatte aufgeschlüsselt: Von der Angstmacherei mit Personalmangel über Bünzliargumente bis zur Drohung mit dem «Prämienclub» ist alles dabei.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/pflege-sabotage)  
[rebrand.ly/pflege-sabotage](https://rebrand.ly/pflege-sabotage)

## So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

**Für iPhone:** Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

**Für Android:** Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

## So geht der Kampf gegen Lohndumping

Lucien Robischon ist Gewerkschaftssekretär bei der Unia Aargau-Nordwestschweiz und im Präsidium des Gewerkschaftsbunds beider Basel. Im Grenzgebiet zu Deutschland und Frankreich trifft er oft auf Handwerkerinnen und Handwerker, die für ihre Arbeit in der Schweiz nicht ordentlich bezahlt wer-



den und damit auch das Lohnniveau in der Schweiz drücken. In der neusten Ausgabe des work-Podcasts «Working Class – die Stimme der Bütz» spricht Lucien Robischon mit Co-Host Parzival Meister über Baustellenkontrollen und die Gefahren der SVP-Initiative.



Anschauen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/podcast-basel)  
[rebrand.ly/podcast-basel](https://rebrand.ly/podcast-basel)

## Weniger Beton für «Bullshit-Bauten»

Eine neue Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt die verheerenden Auswirkungen der Zementindustrie und zeichnet Alternativen auf. Die Studienautoren fordern einen radikalen Kurswechsel im Bauwesen. Bestehende Gebäude müssten länger genutzt, Abrisse reduziert und Baustoffe konsequent recycelt werden. «Bullshit-Bauten», also Bauvorhaben, die lediglich der Finanzspekulation oder elitären Projekten dienen, müssten verboten werden.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/zement)  
[rebrand.ly/zement](https://rebrand.ly/zement)

## WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

# Krankenkassen-CEOs kassieren ab: Das Netz ist not amused

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren steil nach oben. Sie sind in den letzten zehn Jahren um fast 40 Prozent gestiegen. Während sich der Grossteil der Bevölkerung fragt, wie er dies stemmen soll, müssen sich die CEOs der Krankenkassen darüber keine Sorgen machen. Sie verdienen viel und immer mehr. An der Spitze steht Philomena Colatrella (Bild), Chefin der CSS, die 2025 fast eine Million Franken erhielt.



@workzeitung

Das ist nur noch wild. Meine Prämie hat die 5 übersprungen, von 470 auf 600. So ein Profit mit Gesundheit ist völlig daneben.  
Nexyo

Korruption nennt man in der Schweiz Lobbyismus – und die hockt im Bundeshaus. Einheitskasse, jetzt!  
Beanshiva

Ich danke allen Politikern – für gar nichts!  
Bsiwy

Ich müsste 20 Jahre arbeiten für diesen Lohn. Können wir das nicht verbieten?  
Jadawawi

Na ja Leute, das geht seit Jahren so. Aber man lehnt die Einheitskasse ab und jammert.  
Nirak

Es braucht endlich eine einheitliche, bezahlbare, staatliche Krankenkasse.  
Oflakes

Wie können diese Leute ruhig schlafen?  
Babonino



## Google-Suche: So bringen Sie work ganz nach oben

Google erweitert seine Suchfunktion um eine neue Möglichkeit: Mit der Einstellung «Bevorzugte Quellen» können Sie selbst bestimmen, welche Nachrichtenanbieter in den Suchergebnissen stärker berücksichtigt werden. Die Funktion steht nun auch in der Schweiz zur Verfügung und lässt sich schnell aktivieren. Wenn Sie sich beispielsweise für [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch) entscheiden, erscheinen Inhalte von

work häufiger in Ihren Suchergebnissen. Dadurch erhalten Sie mehr Kontrolle darüber, welche Nachrichtenquellen für Sie priorisiert werden – und verlassen sich weniger auf die automatische Auswahl durch den Algorithmus. Das Einrichten ist unkompliziert. Auf unserer Website haben wir einen Link für Sie eingerichtet. Über diesen gelangen Sie zu den Quelleinstellungen Ihres Google-Kontos. Hier braucht es nur noch ein Häkchen.



Anleitung und Direktlink unter [rebrand.ly/google-work](https://rebrand.ly/google-work)

## «Die Zahl zehn Millionen ist völlig willkürlich»

Der nordirische Autor Richard Seymour spricht im Interview über die 10-Millionen-Initiative der SVP, die Parallelen zum Brexit und darüber, wieso die Rechte auf das Feindbild Migration setzt. Er sagt auch, was eine gute linke Kampagne ist.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/seymour-interview)  
[rebrand.ly/seymour-interview](https://rebrand.ly/seymour-interview)



EISKALT ABSERVIERT: Búezer Joaquim da Fonseca Fernandes mit seiner Hündin Estrela. FOTO: RAJA LÁUBLI

Kurz vor Rente: Walo schasst Baubúezer brutal

# Was ist der wahre Grund der Kündigung?

Bauarbeiter Joaquim da Fonseca Fernandes (56) gab stets Vollgas für Walo. Dann machen seine Gelenke Probleme. Und er kritisiert einen Vorgesetzten. Daraufhin wirft ihn der Bauriese raus – auf höchst fragwürdige Art und Weise.

JONAS KOMPOSCH

Zartbesaitet wäre sicher der falsche Begriff, um Joaquim da Fonseca Fernandes (56) zu umschreiben. Der Portugiese ist seit seinem vierzehnten Lebensjahr Bauarbeiter – und hat dabei schon einiges durchgemacht. Doch so abserviert wie im letzten November habe man ihn noch nie. Der damalige Vorgang verstört ihn bis heute. Und zwar derart, dass Fernandes in eine tiefe persönliche Krise geschlittert ist – einschliesslich Depression und Schlafstörungen. Und das vier Jahre vor der FAR-Rente! Was ihn besonders beschäftigt: «Ich verstehe beim besten Willen nicht, warum sie das getan haben.»

Sie, das sind die Chefs der Baufirma Walo am Standort Goldach SG. Dort hatte Fernandes fast sieben Jahre mit angepackt, zuerst als temporärer, dann ab 2021 als festangestellter Baufacharbeiter. Zuerst war er draussen auf den Baustellen unterwegs, dann musste er sich einer Tumoroperation unterziehen. Hinzu kam eine Arthrose – auf Dauer nicht optimal im Baustellenalltag. Deshalb wechselte Fernandes als Magaziner in die Abteilung Elementbau. Aber ob drinnen oder draussen – überall war Walo mehr als zufrieden mit dem Bau-Routinier. In einem Zwischenzeugnis, das work vorliegt, schwärmt die Firma in höchsten Tönen: «zeigt stets grosse Initiative und Fleiss», «sehr konzentriert», «pflichtbewusst», «verlässlich», «vorbildlich», «jederzeit beste Leistungen». Umso grösser war für Fernandes der Schock an jenem 18. November 2025.

## INNERT MINUTEN ABSERVIERT

Sein Chef schrieb ihm am Mittag eine Whatsapp-Nachricht: «Hallo Fonseca. Ich bitte dich, heute um zirka 16.50 Uhr zu mir hochzukommen. Besten Dank, dass du dir die Zeit nimmst.» Als Fernandes nach getaner Arbeit das Chefbüro betrat, habe er nicht schlecht gestaunt: «Da sass nicht nur mein direkter Chef, sondern auch der Standortleiter und die Personalverantwortliche.» Kein gutes Zeichen, fand Fernandes. Und tatsächlich: Ohne Umschweife habe ihm das Trio eröffnet, dass er entlassen werde. Die angegebene Begründung: zu wenig Arbeit. Fer-

## «Walo hat den LMV hier eindeutig verletzt.»

TOBIAS HOLLINGER, UNIA-RECHTSABTEILUNG

ndes war sprachlos. Dann habe er entgegnet, das könne doch nicht sein. Denn: «Arbeit gab und gibt es bis heute mehr als genug!» Er habe noch mehrmals nach dem wahren Kündigungsgrund gefragt. Vergebens. Bereits nach zehn Minuten sei das «Gespräch» beendet gewesen. Fernandes verstand die Welt nicht mehr. Doch als Gewerkschaftsmitglied holte er sich Rat bei der Unia in St. Gallen.

Dort legte ihm Tobias Hollinger von der Rechtsabteilung den Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes (LMV) vor. Dieser garantiert älteren Arbeitnehmenden ab 55 Jahren einen erhöhten Kündigungsschutz. Etwa mit längeren Fristen. Und unter Artikel 19 heisst es: «Die Vertragsparteien erachten das Arbeitskräftepotential von älteren Mitarbeitenden als sehr wichtig. Es gehört zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, ältere und langjährige Mitarbeitende sozial verantwortlich zu behandeln. Das verlangt besonders bei Kündigungen eine erhöhte Sorgfaltspflicht.»

## RECHTLICHE SCHRITTE

Konkret schreibt der LMV vor, dass bei einer beabsichtigten Kündigung von Mitarbeitenden ab Alter 55 «rechtzeitig und zwingend ein Gespräch zwischen dem Vor-

## «Gerechtfertigt»: Walo verneint – und schweigt

work hat der Walo in Goldach SG einen detaillierten Fragenkatalog geschickt. Geantwortet hat aber bloss die Medienstelle der Konzernzentrale in Dietikon ZH. Zu Personalbelangen könne man sich aus Gründen des Datenschutzes nur summarisch äussern. «Walo Bertschinger verwahrt sich gegen den Vorwurf, dass die von Ihnen erwähnte Kündigung missbräuchlich im Sinne von Art. 336 OR beziehungsweise unter Verletzung von Art. 19.3 LMV erfolgt sein soll.» Für die Kündigung hätten vielmehr «sachlich gerechtfertigte Gründe» bestanden.

**OFFEN.** Nichts sagt Walo zur Frage, ob die Firma die Einbestellung und Kündigung eines älteren Mitarbeiters am selben Tag für ein «rechtzeitiges» Vorgehen halte. Auch legt sie keinerlei Belege vor für die Behauptung, es sei gemeinsam nach Wegen der Weiterbeschäftigung gesucht worden. Ebenso wenig beantwortet sie die Frage zur wirtschaftlichen Situation des 2600 Mitarbeitende zählenden Unternehmens. Auf der Firmenwebsite sind zahlreiche Stellen ausgeschrieben – auch solche am angeblich arbeitsarmen Standort Goldach. (jok)

gesetzten und dem betroffenen Mitarbeitenden stattfindet». Dabei muss der Mitarbeiter nicht nur informiert, sondern auch angehört werden. Und noch wichtiger: Es muss «gemeinsam nach Möglichkeiten der Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses gesucht werden». Erst dann darf der Chef entscheiden. Von einer solchen «gemeinsamen Suche» nach Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten könne hier nicht die Rede sein, sagt Fernandes. Denn: «Sie haben mir einfach gesagt, dass Schluss sei und dass es keine Optionen gebe.» Für Unia-Mann Hollinger ist die Sache klar: «Walo hat den LMV hier eindeutig verletzt.» Zumal auch nicht nur annähernd von «Rechtzeitigkeit» gesprochen werden könne, wenn zwischen Gesprächsaufforderung und Gespräch nachweislich bloss wenige Stunden lägen. Und wenn dann auch noch innert Minuten gekündigt werde. Hollinger hat deshalb rechtliche Schritte eingeleitet. Höchst verdächtig ist aber noch etwas.

## VORGESETZTER ALKOHOLISIERT

Fernandes sagt, er sei immer um Korrektheit und Transparenz bemüht gewesen. Daher habe er auch diesen einen Brief geschrieben. Drei Monate vor seiner Entlassung. Adressiert an den Standortleiter. Ihm teilte er mit, dass sein Vorgesetzter im Magazin ihn «angeschrien und in Anwesenheit aller beleidigt» habe. Zudem begehe er immer wieder Fehler, die er dann aber ihm in die Schuhe schiebe. Ausserdem trinke er bereits am Morgen Bier und sei damit eine Gefahr für Betrieb und Strassenverkehr.

Walo habe auf diesen Brief nie reagiert, sagt Fernandes. Liegt also in diesem Konflikt der wahre Kündigungsgrund? Oder ist es doch Fernandes' Alter und seine Arthrose? Immerhin hatte er dem Chef per Whatsapp seinen kompletten Physiotherapieplan geschickt. Dieser zeigt: Fernandes braucht in den kommenden Monaten jede Woche eine Therapiestunde. Besserung ist also nicht so bald in Sicht. Doch auch auf diese Nachricht reagierte der Chef nicht. Seine nächste Wortmeldung kam zwei Monate später: «Ich bitte dich, heute um zirka 16.50 Uhr zu mir hochzukommen. Besten Dank, dass du dir die Zeit nimmst.»



MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER: Die Ems-Chefin demonstriert an der Bilanzmedienkonferenz ihres Unternehmens eine Pipette. FOTO: KEYSTONE

So verlogen politisiert die Sünneli-Partei

# Wie die SVP die Migration ankurbelt

**Mit Steuergeschenken und Standortförderung lockt die Schweiz immer mehr Konzerne und Reiche ins Land. Im Kampf um Expats und Investitionen mischt auch die SVP mit: darunter Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher und der Zuger SVP-Regierungsrat Heinz Tännler.**



Heinz Tännler.

len Expats und Grenzgänger anwerbe. Das Unternehmen im Besitz des Blocher-Clans schreibt, dass der Ausländeranteil der rund 1000 Mitarbeitenden der Ems-Chemie im Schweizer Durchschnitt liege. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz liegt inzwischen bei 35 Prozent, in der Industrie sind es sogar 41 Prozent. Auch der Kanton Zug hat beim Ausländeranteil inzwischen die 30 Prozent überschritten. Seit der SVP-Mann Heinz Tännler 2007 in den bürgerlich dominierten Regierungsrat gewählt wurde, ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton von 22 Prozent auf 30,6 Prozent angewachsen. Die Tiefsteuerpolitik und die «nahen Wege» zwischen Wirtschaft und Verwaltung haben seit dem Stellenantritt von Tännler zu einem Bevölkerungswachstum von mehr als 20 Prozent geführt.

**TIEFSTEUERPOLITIK.** Dass sich Finanzdirektor Tännler nun ebenfalls für eine 10-Millionen-Schweiz einsetzt, scheint für ihn kein Widerspruch: Die SVP will nicht weniger Menschen, sondern mehr Menschen mit weniger Rechten. Die Tiefsteuerpolitik und die kantonalen Standortförderungen sollen bestehen bleiben. Die nationale Botschaft zur Standortförderung 2028–2031 lehnt die SVP hingegen ab: Doch nicht etwa wegen des Bevölkerungswachstums! Sondern weil in der Botschaft Kriterien für Nachhaltigkeit (ESG) berücksichtigt werden und die Standortpro-

motion so zu wenig wirtschaftsnah sei. Neben der Standortförderung und tiefen Steuersätzen gibt es auch noch weitere Steuergeschenke, die der Schweizer Öffentlichkeit kaum bekannt sind, wie die «Tax-Holidays» sind Deals zwischen den kantonalen Steuerbehörden und Firmen. Das System funktioniert ähnlich wie die für reiche ausländische Privatpersonen vorteilhafte Pau-

**Zumindest für Firmen soll es in Schaffhausen bestimmt keine Grenzen und Begrenzungen geben.**

schalbesteuerung. Die Kantone handeln mit den Konzernen für die Dauer von zehn Jahren Steuererleichterungen aus. Aber nur Konzerne, die der amerikanischen Börsenaufsicht SEC unterstehen, müssen diese Steuergeschenke öffentlich rapportieren. Von den Kantonen gibt es kaum öffentliche Informationen dazu. Die Analyse der SEC-Berichte zeigt, dass diese «Steuerferien» und zusätzliches Personal in der Schweiz eingestellt wurde. Verantwortlich für die Standortförderung im Kanton Schaffhausen: SVP-Regierungsrat Dino Tamagni. Wie er persönlich zur SVP-Chaosinitiative steht, hat er bisher nicht öffentlich bekanntgemacht. Zumindest für Firmen soll es aber bestimmt keine Grenzen und Begrenzung geben. Im Interview auf der Website der Schaffhauser Wirtschaftsförderung sagt er: «Kurze Wege, schnelle Entscheide ... Unternehmen stossen in Schaffhausen überall auf offene Türen.»



Dino Tamagni.

mat/Ems geht hervor, dass der Ausländeranteil der Gemeinde mit 26,3 Prozent deutlich höher ist als in den umliegenden Bündner Gemeinden. Kein Wunder, denn die Ems-Chemie rekrutiert auch im Ausland und ist auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Das zeigt eine neue Recherche des Westschweizer Radio und Fernsehens RTS. Die Ems bestritt jedoch, dass sie gezielt auf ausländischen Stellenporta-

## Anlocken: SVP-Trümpfe und die Steuersümpfe

Im Kanton Schaffhausen ist auch SVP-Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter bemüht um tiefe Steuern und die Neuansiedelung von Konzernen. Ihr Ehemann Thomas Hurter kämpft als SVP-Nationalrat für die Chaosinitiative. Auch zwei weitere ländliche Kleinkantone, die mit Pauschalbesteuerung um reiche Ausländerinnen und Ausländer buhlen, werden von SVP-Finanzchefs regiert: In Nidwalden ist dies Michèle Blöchli, in Appenzell Innerrhoden Ruedi Eberle.

**FÜR REICHE.** Und auch das Tesin ist beliebt bei superreichen Neuzugern. SVP-Nationalrat Paolo Pamini schaut als PwC-Steuerberater und Steuerrechtsdozent an der ETH und Uni Luzern, dass die Rahmenbedingungen für die Reichen stimmen. Gleichzeitig ist er auch für die Chaosinitiative und unverhohlen für die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. (isc)

und zusätzliches Personal in der Schweiz eingestellt wurde. Verantwortlich für die Standortförderung im Kanton Schaffhausen: SVP-Regierungsrat Dino Tamagni. Wie er persönlich zur SVP-Chaosinitiative steht, hat er bisher nicht öffentlich bekanntgemacht. Zumindest für Firmen soll es aber bestimmt keine Grenzen und Begrenzung geben. Im Interview auf der Website der Schaffhauser Wirtschaftsförderung sagt er: «Kurze Wege, schnelle Entscheide ... Unternehmen stossen in Schaffhausen überall auf offene Türen.»

**Geht es mit der Offenheit in der Schweiz bachab?** Meine Wahrnehmung ist, dass die Offenheit abnimmt, und ich sehe politische Ursachen

## Unternehmer «Sind

Simon Michel stellt sich gegen die Chaosinitiative

# auf Offenheit angewiesen»

**SVP-Chaos-Initiative: NEIN!**



SIMON MICHEL: «Abschottung ist das Kernprogramm

der SVP. Das ist problematisch für die Schweiz.» FOTO: KEYSTONE

## Ypsomed-Chef und FDP-Nationalrat Simon Michel über den Kampf gegen rechte Abschottungspolitik, neue Fabriken für Insulinpumpen und darüber, wie er es schafft, in Solothurn aus seiner Bubble rauszukommen.

IWAN SCHAUWECKER

**work: Herr Michel, auf welche Schweizer Qualitäten sind Sie besonders stolz?** **Simon Michel:** Präzision und Zuverlässigkeit. Die Schweiz hat als Design- und Engineering-Standort immer noch einen erstklassigen Ruf. Zuerst waren es Uhren, dann Medtech und Pharma, und jetzt sind wir in einer super Ausgangslage für Robotik. Wir haben die Feinmechanik, Metallverarbeitung, und bei der Software gibt es ebenfalls viel Know-how.

**Und aus der Welt würden Sie gern in die Schweiz importieren?**

Offenheit, Toleranz, Multikulturalität. Teams, die diverser sind, bringen deutlich bessere Leistungen. Das stelle ich auch bei uns im Unternehmen fest. Wenn wir nicht offen für Neues sind, dann fehlt ein wichtiger Pfeiler für unseren zukünftigen Erfolg. Unsere Verfahren, die hatten diese Offenheit. Sie gingen in die Welt hinaus und haben auch Menschen und Innovationen in die Schweiz geholt.

**Geht es mit der Offenheit in der Schweiz bachab?** Meine Wahrnehmung ist, dass die Offenheit abnimmt, und ich sehe politische Ursachen

dafür. Christoph Blocher drehte den Kurs der konservativen Bauern- und Gewerkepartei hin zum Rechtspopulismus. Seither verfolgt die Partei zwei Ziele: den Kampf gegen die Institutionen, in erster Linie die europäischen, aber immer mehr auch die schweizerischen. Und das zweite ist die Ausländerfeindlichkeit. Wenn man das 30 Jahre lang macht und immer grösser wird, dann geht die Offenheit Stück für Stück verloren. Abschottung ist das Kernprogramm der SVP. Das ist problematisch für die Schweiz, denn wir sind als kleines Land in fast jeder Hinsicht auf Offenheit angewiesen.

**Wie erleben Sie den Abstimmungskampf um die SVP-Initiative?** Der Abstimmungskampf ist aggressiv. Ich werde persönlich angegriffen. Aber das gehört wohl zu meinem Job als Nationalrat. Ich tue es für die Sache, für unser Land, weil ich überzeugt bin, dass der Abschottungskurs falsch ist. In den letzten Wochen habe ich einen Umschwung erlebt, auch ausserhalb meiner Bubble. Immer mehr Leute erkennen die Schäden, welche die Initiative verursacht.

**«Ich werde persönlich für meine Position angegriffen.»** Wohl zu meinem Job als Nationalrat. Ich tue es für die Sache, für unser Land, weil ich überzeugt bin, dass der Abschottungskurs falsch ist. In den letzten Wochen habe ich einen Umschwung erlebt, auch ausserhalb meiner Bubble. Immer mehr Leute erkennen die Schäden, welche die Initiative verursacht.

**Wo gehen Sie aus Ihrer Bubble raus?** Das passiert in der Schule unserer Kinder, im Quartier, auf dem Markt in Solothurn. Wir haben auch mit der Unia einen Event zur 10-Millionen-Schweiz bei Ypsomed organisiert. Da haben wir die möglichen Auswirkungen der Initiative auf die Arbeitnehmenden und auf Ypsomed besprochen. Da gab es nicht nur Zustimmung. Und da kam auch die Diskussion über steigende Mieten und immer vollere Züge. Wir haben auf jeden Fall Handlungsbedarf nach dem 14. Juni.

**Aber im Parlament arbeitet die FDP oft mit der SVP zusammen. Zum Beispiel bei den Mieten.**

Beim Thema Mieten geht es mehr um die kantonalen Vorgaben. Wir brauchen strenge Bauvorschriften, aber wenn die eingehalten werden, muss man bauen können. Da haben einzelne unzufriedene Bürger zu viele Einsprachemöglichkeiten.

**Was hat Sie dazu veranlasst, Politiker zu werden?**

Als wir nach Solothurn umgezogen sind, stand eines Morgens ein Herr im grauen Anzug mit Brot und Konfitüre vor der Tür. Das war Kurt Fluri, er war Nachbar und Stadtpräsident von Solothurn. 2023 bin ich dann als sein Nachfolger in den Nationalrat gewählt worden. Zuvor war ich schon im Vorstandsausschuss von Economiesuisse. Zusammen mit Petra Gössi, Elisabeth Schneider-Schneiter, Magdalena Martullo-Blocher und Martin Schmid vertritt ich im Parlament für Economiesuisse die Sicht der Wirtschaft.

**Aber bei der aktuellen Initiative gibt es ja eine grosse Differenz mit Magdalena Martullo-Blocher.**

Ich schätze sie bei vielen Themen sehr. Sie bringt viel Sachwissen zu Freihandelsabkommen und Steuerfragen mit, und sie hat viel Erfahrung als Arbeitgeberin. Beim EU-Dossier haben wir aber eine diametral andere Sicht. Aber das ist das Erbe ihrer Familie, unternehmerisch macht das überhaupt keinen Sinn.

**Fühlen Sie sich als Unternehmer manchmal nicht etwas einsam an der Nein-Front?** Nein, gar nicht. Das Nein wird sehr breit getragen. In den Medien bin ich oft im Rampenlicht, aber in den Handlungskammern und Wirtschaftsverbänden haben wir überall die Mehrheit. Und auch bei der FDP ist eine klare Mehrheit gegen die Initiative.

## Umtriebig: Die vielen Ämter des Simon Michel

Seit 2014 ist Simon Michel (49) CEO des Medtech-Unternehmens Ypsomed mit Hauptsitz in Burgdorf BE und 1600 Mitarbeitenden in der Schweiz. Die Firma produziert Injektionsgeräte für flüssige Medikamente, die bei Krebstherapien zum Einsatz kommen, oder auch Insulinpumpen für Diabetikerinnen und Diabetiker. Gegründet wurde das Unternehmen von Willy Michel, dem Vater von Simon Michel. Seit 2023 sitzt Simon Michel für die FDP Solothurn im Nationalrat. Er ist zudem im Vorstandsausschuss des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse und Präsident der Organisation Progressuisse, die sich für ein gutes Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU einsetzt. Ausserdem vertritt Michel als Inlandmitglied der Organisation ASO die Interessen der Auslandsschweizerinnen und -schweizer im Bundeshaus.

**Es gibt auch EU-Skeptiker in der FDP, etwa Fredy Gantner mit der Kompass-Initiative.** Hinter der Kompass-Initiative stehen keine Unternehmer im eigentlichen Sinn. Das sind Investoren. Sie legen das Geld von Pensionskassen und vermögenden Menschen in Unternehmen an. Diese Unternehmen brauchen die bilateralen Verträge nicht, da bis auf zwei alle im Ausland domiziliert sind. Sie haben einfach Angst, dass eines Tages eine Steuer entstehen könnte, welche die Schweiz übernehmen müsste. Das ist natürlich völlig absurd.

**Was wäre für Sie das Hauptproblem, wenn die SVP-Initiative angenommen würde?**

Als Unternehmer ist man verantwortlich gegenüber den Mitarbeitenden, den Aktionären und den Kundinnen und Kunden. Wir haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung: Wir müssen unsere Insulinspritzen jederzeit liefern können. Als ich 2014 als CEO bei Ypsomed begonnen habe, hatten wir im Ausland noch keinen Franken investiert. Heute sind es jährlich 250 Millionen Franken im Ausland und 50 Millionen in der Schweiz. Es sind also nur noch 20 Prozent, die wir für Infrastruktur und Produktionsanlagen in der Schweiz ausgeben. Das tut weh. Aber das ist auch eine Konsequenz der Abschottung. Wir bauen diese Fabriken nicht für fünf Jahre, sondern für dreissig Jahre.

**Wie wichtig ist die Personenfreizügigkeit Sie als Unternehmer?**

Das ist ein wesentlicher Punkt für Standortent-

scheide. Wer würde im Falle der Wiedereinführung von Kontingenten zuerst die Leute bekommen? Die Pflege, das muss so sein. Dann die Landwirtschaft, weil sie die beste Lobby im Parlament hat. Und dann erst die Wirtschaft, also Gewerbe und Industrie. Ich möchte unbedingt verhindern, dass wir in ein Konkurrenzverhältnis zwischen Landwirtschaft und Wirtschaft oder Industrie und Gewerbe geraten. Das schadet!

**Und dennoch haben Sie Sympathien für eine Zuwanderungsabgabe. Widerspricht sich das nicht?**

Eine solche Abgabe habe ich vor zwei Jahren sogar selber vorgeschlagen. Ich bin der Meinung, dass die Wirtschaft auch einen Beitrag leisten muss. Meine Idee war, dass die Unternehmen für EU-Kontingente zahlen. Aber bei den Pflegeverbänden, bei der Tourismusbranche und auch bei Economiesuisse wollte man davon nichts wissen. Wenn wir in gewissen Branchen eine Arbeitslosigkeit von über drei bis vier Prozent hätten, bin ich weiterhin für eine solche Abgabe, das ist ganz anders als eine Deckelung der Bevölkerung.

**Wie wird sich Ypsomed in den nächsten Jahren entwickeln?**

2030 werden wir 50 Prozent der Produktion in Deutschland machen. 25 Prozent in der Schweiz. Und je 12,5 Prozent in den USA und China. Wir verlagern keine Stellen, aber das Wachstum findet weniger in der Schweiz statt. Der Hauptsitz der Firma bleibt aber in der Schweiz. Das ist steuerlich interessant. Die Produktionsstandorte sind im Ausland, und die Gewinne repatriieren wir in die Schweiz. Die Schweiz profitiert, ohne dass wir Ressourcen benötigen.

**Und warum bauen Sie die neuen Fabriken gerade in Deutschland und den USA?**

Der Ausbau der Produktion in Schwerin hat verschiedene Gründe. Initial war es die Aufhebung der Euro-Franken-Bindung. Die Währungsunterschiede haben uns zu viel gekostet. Und wir haben Orte gesucht, wo es genügend Fachkräfte hat. In Mecklenburg-Vorpommern und in North Carolina gibt es sehr gute Fachhochschulen. Die Zölle von Trump und die SVP-Politik bestätigen, dass wir mit den neuen Standorten richtig liegen.

**Und was bedeutet für Sie die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften?**

Wir arbeiten auf Betriebsebene mit keinen Gewerkschaften zusammen. Ich habe die Unia vor drei Jahren eingeladen, und wir haben den Arbeitnehmerschutz angeschaut und das bei uns getestet. Wir kamen zum Schluss, dass wir für unser Unternehmen keine Vorteile sehen und dass die Beteiligung über die Personalkommission gut funktioniert. Das ist auch in Deutschland so, dort haben wir auch keinen Betriebsrat.

**Wie ist sonst die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften?**

Die Diskussionen im Vorfeld der Bilateralen III waren notwendig. Wir konnten Kompromisse finden. Die Massnahmen 13 und 14 sehe ich als sinnvolle Ergänzung. Ich finde den Schutz von Personen bei unrechtmässigen Kündigungen sehr wichtig. Die Forderung der Gewerkschaft ist eigentlich selbstverständlich.

**Wo steht die Schweizer Industrie in zehn Jahren?**

Es wird weiterhin in vielen Nischen geforscht und produziert. China holt aber extrem auf, auch mit sogenannten Dark Factories, wo alle Arbeitsschritte voll automatisiert sind. Unsere neue Fabrik in Schwerin geht auch in diese Richtung. Mit der Automatisierung verdoppeln wir die Produktivität, und die Mitarbeitenden sind mehr in der Steuerung der Maschinen tätig. Wir haben auch in eine Schule investiert, die mit der Stadt und dem Bundesland betrieben wird. Dort werden die Leute für diese neuen Aufgaben ausgebildet, und sie verdienen auch mehr.

**Ist das Ihr wichtigstes gesellschaftliches Engagement?**

Wir müssen das BIP pro Kopf steigern! Wenn wir das machen, dann können wir mehr umverteilen, so einfach ist das. Das ist die Formel und der Kern meines politischen Engagements.

Neues ILO-Abkommen gegen Scheinselbständigkeit

## Klickarbeiter vor Konzernen schützen

An der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf wird derzeit über ein neues Abkommen zum Schutz der Arbeitnehmenden vor der Ausbeutung durch Plattformkonzerne verhandelt.

IWAN SCHAUWECKER

Vom Uber-Fahrer bis zur Data-Workerin von Meta: Immer mehr Menschen arbeiten weltweit in Scheinselbständigkeit für Digitalkonzerne. Die Weltbank schätzt, dass inzwischen bis zu 400 Millionen Menschen ihr Einkommen über digitale Plattformen verdienen. Stark betroffen von dieser digital gesteuerten Arbeit sind Länder des Globalen Südens. Hier finden die Konzerne besonders viele junge Menschen, die wegen Armut auf die prekäre Arbeit angewiesen und kaum durch staatliche Regulierung wie



**SCHIESELSTÄNDIG: Uber-Fahrer sind nicht geschützt.** FOTO: KEYSTONE

Mindestlöhne geschützt sind. Die Digitalkonzerne gebärden sich dabei als reine Vermittlerinnen von Arbeit und wälzen alle Risiken auf die Beschäftigten ab: Diese arbeiten dann ohne festen Vertrag, ohne Unfallversicherung und ohne das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

**SCHWARZARBEIT VERHINDERN.** Gewerkschaften fordern deshalb weltweit das Ende der Scheinselbständigkeit. Eine neue Grundlage zum Schutz der Arbeitnehmenden wird in diesen Tagen in Genf an der jährlich stattfindenden ILO-Konferenz verhandelt. Vom 1. bis zum 12. Juni treffen sich Hunderte von Diplomaten sowie Gewerkschafts- und Unternehmensvertreterinnen, um neue

### «Leider geht die Schweiz zu wenig gegen den Missbrauch vor.»

GEWERKSCHAFTER ROMAN KÜNZLER

globale Standards für eine menschenwürdige Plattformarbeit zu schaffen. Der ehemalige Unia-Logistiksekretär Roman Künzler ist für die Schweizer Delegation der Arbeitnehmenden in Genf. Er sagt: «Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit des Uno-Systems zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit.» Man wehre sich gegen die massive Ausbreitung von Schwarz- und Zwangsarbeit, von einer Dimension der Ausbeutung, die man für längst überwunden hielt.

**SCHWEIZ TUT ZU WENIG.** Besonders engagiert für die neue ILO-Konvention sind auch die 54 afrikanischen Länder sowie die EU. Dort gilt seit 2024 eine neue EU-Richtlinie, welche die Beweislast umkehrt: Steuert und kontrolliert eine Plattform die Arbeit, gehen die Behörden von einem regulären Arbeitsverhältnis aus. Auch in der Schweiz erfassen die Sozialversicherungen den Status der Arbeitnehmenden als Selbständige oder Angestellte. Künzler sagt: «Leider gibt es aber ein Vollzugsproblem, und das Seco geht zu wenig gegen Missbrauch durch Firmen wie Uber vor.» An diesen Missständen wird auch das neue ILO-Abkommen nichts ändern, aber es könnte ein starkes Signal gegen Scheinselbständigkeit sein.

So wollten die Gebäudetechnik-Chefs tricksen

# Mikrowelle statt Mittagzulage

Fast alle Sanitäre, Spenglerinnen und Heiziger haben 17 Franken Mittagzulage zugute. Doch einige Betriebe tricksen, um die neue GAV-Regel zu umgehen. Die Berner Unia ging dagegen vor – mit Erfolg!

CHRISTIAN EGG

Das ärgerte Unia-Sekretär Reto Beutler: Als nach langen Verhandlungen endlich der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Gebäudetechnikbranche in Kraft trat, begannen einige Firmen zu tricksen. «Die haben einfach eine Mikrowelle in die Baubaracke gestellt und behauptet, jetzt müssten sie die neuen Mittagzulagen nicht auszahlen!»

Laut GAV gibt es bei auswärtiger Arbeit pro Tag mindestens 17 Franken Spesen fürs Mittagessen. Und zwar für alle, auch für Lernende – mit einer einzigen Ausnahme: Nur wenn der Betrieb ausdrücklich verlangt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Mittag in die Firma zurückkehren, gibt es keine Zulage. Dafür zählt dann der Weg hin und zurück als Arbeitszeit.

Die bessere Regelung ist einer der Fortschritte im neuen GAV für die rund 25 000 Arbeitnehmenden in den Bereichen Sanitär, Heizung, Spenglerei, Klima, Lüftung und Solaranlagen. Der Vertrag gilt seit letztem Jahr und bringt zudem höhere Mindestlöhne sowie, ab 2028, die Frühpensionierung (work berichtete: [rebrand.ly/gav-geb-tech](http://rebrand.ly/gav-geb-tech)).

### BELIEBTER TRICK MIT DER MIKROWELLE

Auf Baustellenbesuchen stellte das Team der Unia Bern fest: Zwar setzten die meisten Firmen den neuen Vertrag korrekt um, aber es gab auch solche, die den GAV umgehen wollten. Allein bei den Essenszulagen seien es etwa ein Dutzend gewesen, so Beutler. Auffällig zudem: «Mehr als die Hälfte davon versuchten das Buebetrickli mit der Mikrowelle.»

Schliesslich stellte sich heraus: Dahinter steckte niemand anders als der Arbeitgeberver-



**DAS BUEBETRICKLI MIT DER MIKROWELLE: Arbeitgeber wollten sich die Mittagzulage an die Mitarbeitenden sparen – doch die Intervention der Unia zeigte Wirkung.** FOTO: ADOBE STOCK

band Suissetec. Genau der Verband, der den neuen Vertrag mit den Gewerkschaften ausgehandelt hatte, hintertrieb dessen korrekte Umsetzung. In einem Schreiben, das work vorliegt, beschreibt der Verband «Ersatzleistungen», die nach seiner Meinung an die Stelle der Essenszulagen treten können. Dazu zähle ein geheizter Pausenraum, ausgestattet mit «zum Beispiel Kühlschrank und Mikrowelle».

Doch von alledem steht im Vertrag nichts. Auch ein Merkblatt der paritätischen Landeskommission für den Vollzug des GAV erwähnt keine solchen «Ersatzleistungen». Es hält unzweideutig fest: Falls die Mitarbeitenden nicht «explizit und schriftlich» aufgefordert werden, zum Essen in die Firma zurückzukehren, «ist die Mittagsschädigung immer geschuldet».

### GEHT DOCH!

Auch die Unia kann Betriebe, die den GAV nicht einhalten, an die paritätische Kommission melden. Allerdings, so Beutler: «Bis ein Betrieb tatsächlich seine Praxis ändern muss, kann es lange dauern.» In Bern ging die Gewerkschaft deshalb pragmatisch vor. Im Einklang mit den Mitarbeitenden suchte sie das direkte Gespräch mit den Firmenchefs. Das wirkte: Die allermeisten sahen rasch ein, dass solche Tricks nicht korrekt sind, und korrigierten ihre Praxis umgehend. Nur bei einem Betrieb habe das Umdenken etwas mehr Zeit benötigt, sagt Reto Beutler. Und heute? «Alle, die wir kontaktiert haben, halten bei den Mittagzulagen jetzt den GAV ein.»

## Verstoss: Mitarbeitende helfen im Vollzug

Nach den guten Erfahrungen in der Region Bern bezieht die Unia jetzt in allen Regionen die Mitarbeitenden stärker ein, wenn sie auf einer Baustelle einen Verstoss feststellt. Yannick Egger, Co-Leiter Gewerbe: Zuerst spreche man mit anderen Mitarbeitenden, um herauszufinden, ob eine Sache die ganze Firma betreffe. «Wenn ja, empfehlen wir denen, die noch nicht Unia-Mitglied sind, den Beitritt. Und dann kontaktieren wir den Firmenchef und erinnern ihn an seine Pflichten.» Erst in einem zweiten Schritt erfolge die Meldung an die paritätische Kommission für eine systematische GAV-Kontrolle.

**VERANKERUNG.** Dieses direkte Vorgehen habe starke Vorteile, so Egger:

- Es erfordert vergleichbar wenig Aufwand.
  - Es bringt den Mitarbeitenden oft zähl- und sichtbare Ergebnisse.
  - Ein kollektiver Erfolg stärkt das Selbstvertrauen der Mitarbeitenden.
  - Es hilft, die Unia im Betrieb zu verankern, neue Mitglieder zu gewinnen und mögliche Vertrauensleute zu identifizieren.
- Im Kern, so Egger, gehe es darum, den Vollzug zu nutzen für den gewerkschaftlichen Aufbau. Revolutionär sei das nicht: «Aber gute Gewerkschaftsarbeit.» (che)

Sie haben nun das Diplom im Sack!

# Das sind die frischgebackenen Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre

Ein feierlicher Moment an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Gleich sechs eidgenössische Fachausweise «Gewerkschaftssekretär/-sekretärin» werden vergeben.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Lauter Beifall, Blumensträuße und stolze Gesichter. An der diesjährigen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) war eine wichtige Diplomübergabe eines der Highlights. Fabien Amacin (SEV), Sheila Belometti (SEV), Simon De Benoit (Unia), Tobias Hollinger (Unia), Katrin Leuenberger (SEV) und Grégory Machado (Unia) haben während 40 Ausbildungstagen



**ERFOLGREICH: SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard (rechts) an der Delegiertenversammlung mit den frisch diplomierten Tobias Hollinger, Katrin Leuenberger, Sheila Belometti und Simon De Benoit (v.l.n.r.).** FOTO: DAK

den Lehrgang Gewerkschaftssekretär von Movendo absolviert. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard übergibt die Diplome und gratuliert: «Dieser Lehrgang ist wichtig

für die Zukunft unserer Gewerkschaften und für alle Arbeitnehmenden in diesem Land.»

Den Preis für die beste Diplomarbeit erhält Katrin Leuen-

berger. Sie schrieb ihre Arbeit über die Zutritts- und Informationsrechte der Gewerkschaften.

**ANERKANNTER TITEL.** Quereinsteigerinnen sind in diesem Job die Regel. Denn wer selbst auf dem Bau, in der Küche oder am Pflegebett gearbeitet hat, kennt die

### «Sie sind wichtig für alle Arbeitnehmenden.»

SGB-PRÄSIDENT PIERRE-YVES MAILLARD

Arbeitsbedingungen aus erster Hand. Und damit einhergehend die Probleme.

Vor 2010 war der Titel der Gewerkschaftssekretärin noch nicht geschützt. 2010 hat Movendo – das Bildungsinstitut der Gewerkschaften – eine entsprechende Weiterbildung ins Leben gerufen, die auch eidgenössisch anerkannt ist. Denn nach dem Lernen geht es nämlich ans Absolvieren einer eidgenössischen Berufsprüfung. Der Lohn dafür: ein anerkannter Titel.



UNTER VERDACHT: SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr will selber Diagnosen stellen, wenn ein Mitarbeiter erkrankt.

FOTO: KEYSTONE / -MONTAGE: WORK

# Ausfalltage wegen Krankheit steigen rasant

# Warum die Arbeit uns krank macht

**Immer mehr Menschen chrampfen sich krank. Die Antwort der rechten Parteien: Arztgeheimnis abschaffen, 17-Stunden-Arbeitstage und Sonntagsarbeit ohne Zuschläge.**

CLEMENS STUDER

Die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik sind erschreckend klar: Zwischen 2019 und 2025 stieg die durchschnittliche jährliche Anzahl gesundheitsbedingter Absenzen (Krankheit oder Unfall) bei den Vollzeitarbeitnehmenden von 7,2 auf 8,2 Tage pro Arbeitsstelle. Das Niveau blieb also nach dem pandemiebedingten Anstieg im Jahr 2020 hoch. Zum Vergleich: 2010 waren es noch 6,3 Tage. Damit sind die Absenzen in den letzten 15 Jahren um fast einen Drittel angestiegen.

## STRUKTURELLES PROBLEM

Besonders oft krank werden weiterhin Beschäftigte in Berufen mit tieferen Löhnen und hoher körperlicher oder organisatorischer Belastung.

## Die Absenzen sind um fast einen Drittel angestiegen.

Doch der Anstieg betrifft fast alle Branchen, und das legt jedenfalls nahe: Die Arbeitsbedingungen spielen eine zentrale Rolle. Lohnabhängige leiden auf immer breiterer Front unter verdichteten Arbeitsabläufen, chronischem Personal-mangel, hohem Zeitdruck, unregelmässigen Arbeitszeiten und ständiger Erreichbarkeit. Dazu kommt: In keinem EU-Land arbeiten Vollzeitbeschäftigte länger als in der Schweiz.

## MILLIARDEN-AUSFÄLLE

Das hat Folgen. Der Job-Stress-Index von Gesundheitsförderung Schweiz zeigt: Der Anteil gestresster Erwerbstätiger stieg von 24,8 Prozent im Jahr 2014 auf 28,2 Prozent im Jahr 2022. Arbeitsbezogener Stress kostete die Schweizer Wirtschaft 2022 rund 6,5 Milliarden Franken. Gabriela Medici, Co-Sekretariatsleiterin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), sagt: «Die Arbeitgeber müssen ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden endlich stärker nachkommen» (siehe Box).

Leider sieht es nicht danach aus, als würden die Arbeitgeber sich künftig mehr für die Gesundheit der Arbeitenden interessieren. Sie beziehungsweise ihre Parteien im Bundesparlament lancieren seit Jahren Angriff um Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden. Aktuell wollen sie Folgendes durchdrücken:

**Sonntagsverkäufe verdreifachen.** Der Sonntag soll quasi zum regulären Arbeitstag werden. Und für solche gibt es keine Zuschläge. Heute gilt ein Zuschlag von 50 Prozent, solange Sonntagsarbeit ausserordentlich bleibt und maximal vier Sonntage geleistet werden. Wer künftig mehr als sechs Sonntage arbeitet, soll den Anspruch auf diesen Zuschlag für alle geleisteten Sonntage verlieren. Kurz: mehr Sonntagsarbeit für weniger Lohn. Das betrifft nicht «nur» die Menschen im Verkauf, sondern auch Arbeitende zum Beispiel in der Reinigung, der Logistik oder der Sicherheit. Alle Studien zeigen: Regelmässige Sonntagsarbeit führt zu Stress, Schlafstörungen und begünstigt Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Magen-Darm-Probleme.

**17-Stunden-Arbeitstage.** In den vergangenen Monaten sind im Parlament Vorstösse überwiesen worden, die ermöglichen würden:

- Arbeitnehmende während bis zu 17 Stunden pro Tag arbeiten zu lassen, nicht nur im Homeoffice;
- die tägliche Ruhezeit von heute mindestens 11 auf neu 9 Stunden zu verkürzen, wobei diese Rumpfruhezeit sogar für sogenannte dringende Tätigkeiten unterbrochen werden kann;
- dass Arbeitgeber kurzfristig und ohne Bewilligung Nacht- und Sonntagsarbeit anordnen können.

**Arztgeheimnis von Arbeitenden abschaffen.** Für unverantwortliche Arbeitgeber ist klar: Nicht die Arbeitsbedingungen sind verantwortlich für die zunehmenden Krankheitsausfälle, sondern die verwehlichten Arbeitenden sowie Ärztinnen und Ärzte, die falsche «Gefälligkeitszeugnisse» ausstellen. Darum hat die Thurgauer SVP-Ständerätin Diana Gutjahr einen Vorstoss eingereicht, der das Arztgeheimnis gegenüber Arbeitgebern de facto abschaffen würde. Sowohl Bundesrat wie Ärzteschaft halten die bestehenden Möglichkeiten für absolut ausreichend. Doch Gutjahr will «ohne Bürokratie» einfach mal den Arzt anrufen und ausfragen können. Die rechte Mehrheit im Nationalrat findet das eine gute Idee und hat die Motion überwiesen.

## SGB-Frau Gabriela Medici prangert an: «Die Kantone kontrollieren kaum»

Für Gabriela Medici, Co-Sekretariatsleiterin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ist die Ursache klar: nicht verwehlichte Beschäftigte und nicht Ärztinnen, die Gefälligkeitszeugnisse ausstellen. Es sind krank machende Arbeitsbedingungen, die kaum jemand kontrolliert.

**GESETZ.** Dabei gäbe es klare gesetzliche Grundlagen. Das Arbeitsgesetz schreibt vor, dass der Arbeitsablauf so gestaltet sein muss, dass Gesundheitsgefährdungen vermieden werden. Doch in der Praxis bleibt das Gesetz viel zu oft toter Buchstabe. Gabriela Medici sagt im work-Interview: «Das Arbeitsgesetz wird schlicht nicht konsequent vollzogen. Gemessen an der Anzahl der Unternehmen mit mehr als drei Angestellten, werden Firmen von den kantonalen Arbeitsinspektoraten heute im Schnitt alle 20 Jahre kontrolliert.» Lediglich 46 Prozent der Schweizer Betriebe führen regelmässige Risiko-beurteilungen durch. Das ist der tiefste Wert in ganz Europa. Im EU-Schnitt sind es 77 Prozent. Die ausgewiesenen Krankheitstage sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Weil es sich viele Arbeitende wegen Lohnverlusten bei Krankheit nicht leisten können, sich zu Hause auszukurieren, arbeiten sie trotz Beschwerden weiter. Die Produktionsverluste dieses Präsentismus: geschätzte 33,7 Milliarden Franken, also fast doppelt so viel wie die Kosten der eigentlichen Absenzen. (cs)

Was nötig ist, damit Arbeiten wieder gesundheitsverträglich wird, und wie sich die Gewerkschaften gegen die parlamentarische Angriffswelle auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden stemmen, erklärt SGB-Co-Sekretariatsleiterin Gabriela Medici im grossen work-Interview. Es ist unter diesem Link abrufbar: [rebrand.ly/gabriela-medici](https://rebrand.ly/gabriela-medici)

Die aktuellen Debatten im Bundeshaus zeigen den Kern der bürgerlichen Politik zur Gesundheit am Arbeitsplatz: Nicht die Arbeitsbedingungen sollen gesünder werden. Die Kranken sollen kontrollierbarer werden. Nicht der Druck auf die Lohnabhängigen soll kleiner werden, sondern ihr Schutz.

Eine ausführliche Fassung dieses Artikels finden Sie hier: [rebrand.ly/ausfall-tage](https://rebrand.ly/ausfall-tage)

## Sonntagsverkauf

# Wieder eine Schlappe für die Migros

**Wieder einmal pfeift das Bundesgericht die Migros und den Kanton Zürich zurück. Geklagt hatte die Unia.**

CLEMENS STUDER

Der Kanton Zürich ist der Problembar, wenn es um die Kontrolle der Arbeitsbedingungen im allgemeinen und die Durchsetzung des Sonntagsarbeitsverbotes geht. Politisch verantwortlich ist die jetzt dann abtretende FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh. Sie hält Ladenöffnungszeiten für unnötig und Sonntagsarbeit für einen Segen. Die ihr unterstellten Behörden



FALL FÜR GERICHTE: Die Migros-Daily-Filiale an der Zürcher Zollstrasse. FOTO: UNIA

legen die Gesetze und Vorschriften seit Jahren hartnäckig zuungunsten der Lohnabhängigen aus. So hartnäckig, dass sie regelmässig von Gerichten zurückgepfiffen werden müssen. Bloss, um bei nächster Gelegenheit wieder Anliegen der Grossver-teiler durchzuwinken.

**DIE TRICKSERIN.** Besonders verhaltensoriginell ist dabei die Migros. Zum Beispiel an der Zürcher Zollstrasse. Hier eröffnete die Migros 2019 eine Filiale. Die Zoll-

## Der Kanton Zürich ist ein Problembar.

strasse liegt in der Nähe des Hauptbahnhofs. Das genügte der Migros, um Bahnhofsfreiheiten zu beanspruchen. Das Arbeitsinspektorat machte mit. Die Unia klagte. Walker Späh's Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bestätigte im Oktober 2019: keine Ausnahme-genehmigung. Die Migros musste schlies-sen. Dann kam Trick Nummer zwei: Der Laden wurde «unbemannt» betrieben mit Self-Checkout-Kassen, angeblich mit Sicherheits- statt Verkaufspersonal. Das AWA hielt das für legal. Das Verwaltungs-gericht entschied auf Beschwerde der Unia im Frühjahr 2022: illegal.

Dann behaupteten Migros und Amt, die unterdessen erfolgte Verkehrsberuhi-gung der Zollstrasse habe den Laden nun doch irgendwie in ein Bahnhofareal ver-zaubert. Und wieder musste die Unia das Verwaltungsgericht einschalten. Dieses hielt im März 2025 fest: Die Filiale ist «mindestens so sehr als Quartierladen zu verstehen wie als Geschäft für Reisende».

So sieht es jetzt auch das Bundesge-richt, das Turbolädeler bemüht hatten. Serge Gnos ist Co-Leiter Unia Zürich-Schaffhausen. Er sagt zum Bundesge-richtsentscheid: «Ein Laden neben dem Bahnhof ist noch kein Bahnhofladen. Das Sonntagsarbeitsverbot schützt die Beschäftigten im Detailhandel. Wer es aus-hebeln will, muss mehr vorweisen als eine günstige Lage.»

**UNIA BLEIBT DRAN.** Genau das muss jetzt die Migros für ihre Goods-Filiale am Bahnhofplatz Winterthur tun. Hier hat das Bundesgericht festgehalten, dass der Buserterminal Winterthur unabhängig vom Bahnhof als Terminal des öffentli-chen Verkehrs gilt und die Filiale den er-forderlichen räumlichen Bezug dazu auf-weist. Ob die Filiale aber tatsächlich am Sonntag offen sein und Personal beschäf-tigen darf, ist damit noch nicht entschie-den: Das Bundesgericht schickt den Fall zurück an das Verwaltungsgericht. Dies-es muss nun prüfen, ob das Sortiment tatsächlich überwiegend auf die Bedürf-nisse von Reisenden ausgerichtet ist, wie das Gesetz verlangt. Die Unia bleibt dran.

Feministischer Streiktag: Kräfte sammeln für den grossen Care-Streik 2027

# «Die feministische Bewegung in der Schweiz wächst»

**In diesem Jahr ist die Zurückhaltung am feministischen Streiktag deutlich zu spüren. Ist bei der feministischen Bewegung die Luft draussen? Nein, erklärt Unia-Frau Victoria Lange Gómez: Man tanke Energie für den grossen Care-Streik 2027.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit 35 Jahren gehört der 14. Juni der feministischen Bewegung der Schweiz. Denn am 14. Juni 1991 – auf den Tag genau 10 Jahre nach der Abstimmung über die Verankerung der Gleichberechtigung in der Bundesverfassung – schrieben die Frauen hierzulande Geschichte: Ein historischer Streiktag löste nicht nur landesweit eine «lila Welle» los und mobilisierte Hunderttausende Frauen, sondern brachte auch politisch essentielle Verbesserungen. Wenige Jahre später wurde das Gleichstellungsgesetz eingeführt (siehe mehr auf Seiten 12 und 13).

## FEMINISTISCHES NEIN ZUR CHAOSINITIATIVE

In diesem Jahr überschneidet sich der feministische Streiktag mit einem weiteren wichtigen politischen Ereignis: der Abstimmung über die SVP-Initiative ge-

## «Die Chaosinitiative würde vor allem die Situation von Frauen und Migrantinnen verschlechtern.»

VICTORIA LANGE GÓMEZ, UNIA-IG FRAUEN

gen eine «10-Millionen-Schweiz». Victoria Lange Gómez, zurzeit zuständig bei der Gewerkschaft Unia für die Interessengruppe Frauen, betont, wie wichtig es aus feministischer Sicht sei, gegen die Chaosinitiative der SVP abzustimmen: «Diese Initiative greift den Lohnschutz von allen Arbeitnehmenden an. Besonders viele Frauen und Migrantinnen arbeiten heute schon unter prekären Arbeitsbedingun-

gen. Bei einer Annahme wird besonders ihre Situation massiv schlechter.»

Konkret sind es Branchen, die unsere Gesellschaft tragen und systemrelevant sind. Beispielsweise die Reinigung, die Pflege oder die Kinderbetreuung. «In Branchen, wo die Löhne heute schon kaum zum Leben reichen, birgt die Chaosinitiative noch mehr Druck, Stress und vor allem Lohndumping», sagt Lange Gómez.

## SPÜRBARE ZURÜCKHALTUNG

Klar ist also: Am 14. Juni abzustimmen ist bereits ein feministischer Akt. Auch in diesem Jahr organisieren die feministischen Streikkollektive schweizweit Aktionen, Demos, Zusammenkünfte aller Art (siehe mehr auf Seiten 18 und 19). Die Gewerkschaft Unia ist ebenso in mehreren Städten präsent. Doch dieses Jahr ist eine klare Zurückhaltung spürbar. Ist die Luft draussen?

Unia-Frau Lange Gómez sagt klar: «Nein! Die feministische Bewegung in der Schweiz wächst, doch statt für Fortschritt zu kämpfen, müssen wir uns zurzeit gegen Rückschritte wehren. Zudem basiert viel Organisation rund um den Streiktag auf unbezahlter Arbeit. Die Zurückhaltung in diesem Jahr ist ein Zeichen von Energietanken.» Während in vielen Schweizer Städten Demonstrationen stattfinden, verzichtet das Berner Streikkollektiv bewusst auf eine Demo. Die Begründung: «Einerseits werden die Ressourcen bereits für den nationalen Care-Streik vom 14. Juni 2027 benötigt. Andererseits wurde die Organisation der Grossdemonstration in den vergangenen Jahren von einer kleinen Gruppe getragen.»

## GROSSE PLÄNE FÜR 2027

Klar ist also: Am 14. Juni 2027 findet in der Schweiz der grosse Care-Streik statt. Auch die Gewerkschaftsmitglieder der Unia sind vorne mit dabei. So beschlossen die Pflegenden an ihrem Kick-off-Treffen Ende Mai, den Fokus auf den Care-Streik im nächsten Jahr zu legen. Ein Vorteil ist die lange Vorlaufzeit für die Planung und konkrete Umsetzung. Für Lange Gómez ist aber wichtig zu betonen, dass die Arbeitsniederlegung in der Pflege viele Hürden hat. «Schliesslich entscheidet die Belegschaft, ob und wie sie streiken möchte. Die Aufgabe von uns als Gewerkschaft ist, sie in allen Anliegen bestmöglich zu unterstützen», sagt sie.



ES WIRD GROSS: Streikkollektive und Gewerkschaften bündeln ihre Kräfte für den nationalen Care-Streik vom 14. Juni 2027. FOTO: ISC

Die Regeln sind dieselben, beim Verhalten gibt es aber grosse Unterschiede

## Weniger Kommerz, weniger Aggression: Was der Männer- vom Frauenfussball lernen kann

**Fairness. Respekt. Liebe zum Spiel: Was bei der korrupten Fifa nur schöne Mäntelchen sind, lebt der Frauenfussball vor. Eine Rückbesinnung auf Werte statt Marktwert täte auch dem Männerfussball gut.**

CHRISTIAN EGG

Fussballfans müssen in den nächsten fünf Wochen den Spagat machen. Zwischen dem WM-Fieber – mit hoffentlich spannenden Matches auf allerhöchstem Niveau – und den hässlichen Seiten des Männerfussballs: Kommerz, Korruption, Aggression. Auf und neben dem Platz.

Das müsste nicht sein. Der Frauenfussball zeigt der Sportwelt, wie es auch anders geht: mit Haltung und Diversität statt Härte und Testosteron. work wollte wissen: Was können die Männer im Fussball von den Frauen lernen?

Klar, «die» Männer und «die» Frauen gibt es nicht. Und schon gar nicht ist im Frauenfussball alles perfekt – Löhne und Trainingsbedingungen etwa sind vielerorts grottenschlecht. Der Blick auf das, was besser ist, zeigt aber: Der Männerfussball

müsste nicht so sein, wie er heute ist.

**AUF DEM PLATZ:** Es waren unvergessliche Bilder. An der Heim-EM 2025 verloren die Schweizerinnen im Viertelfinal gegen Spanien. Nach Abpfiff standen die Weltmeisterinnen den Gastgeberinnen Spalier und würdigten die starke Leistung mit Applaus. Der Kontrast zum Männerfussball, wo Provokationen und Rempelen auf dem Platz als normal gelten, ist augenfällig. Fussballerinnen leben das vor, was bei der Fifa nur ein Slogan ist: Respekt.

Eine Erklärung dafür hat Marisa Wunderlin, Trainerin der FC-Thun-Frauen. In der Zeitung «Reformiert» sagte sie: «Fussballerinnen sind sich ihrer Vorbildrolle bewusst. Sie spielen mit ihren



Marisa Wunderlin.

Gegnerinnen für eine grössere Sache: die Sichtbarkeit des Frauenfussballs und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung.»

Ein riesiger Fairness-Vorsprung der Frauen zeigt sich auch in den Daten der Suva über gelbe



HART, ABER FAIR: Die Schweizer Spielerin Lia Wälti im Zweikampf mit Spaniens Olga Carmona an der Frauen-EM 2025 in Bern. FOTO: KEYSTONE

und rote Karten in allen Ligen. In den obersten Amateurligen der Männer gibt es im Schnitt vier gelbe Karten pro Spiel. Bei den Frauen ist es nur eine alle zwei Spiele – also achtmal weniger! Und im aktuellen Fairplay-Ranking, das alle Strafen der laufenden Saison berücksichtigt, belegen drei reine Frauenfussballvereine die ersten drei Plätze. Eine weitere Statistik zeigt: Nach einem Pfiff des oder der Unpartei-

ischen diskutieren, reklamieren oder simulieren Frauen deutlich kürzer als Männer.

**AUF DER TRAINERBANK:** Statt auf Befehle und Wutausbrüche setzt Trainerin Wunderlin auf Kooperation: «Spielerinnen wollen mehr einbezogen werden.» Das gelte heute aber auch für männliche Jugendliche. Studien hätten gezeigt: Auf Dauer erzielten beide Geschlechter mit einer kooperati-

ven, achtsamen Führungskultur die besseren Resultate.

**IM STADION:** Kollektives Jubeln oder Verzweifeln, Verbrüderung mit wildfremden Sitznachbarn – die Stimmung im Stadion ist einzigartig und zentral für das Erlebnis Fussball. Egal, ob Frauen oder Männer auf dem Platz stehen. An

## Es gibt keine Gewalt. Alle feiern zusammen ein Fussballfest.

Frauen-Matches fehlt aber eine Zutat, die niemand vermisst: toxische Männlichkeit. Es gibt keine beleidigenden Rufe oder Gesänge, keine «Fan»-Gewalt. Alle feiern zusammen ein Fussballfest.

In der Gesellschaft: Fussballerinnen sind keine abgehobenen Stars, sondern nahbar. Teil der Community. Viele haben eine politische Haltung, für die sie in der Öffentlichkeit hinstehen. Das zeigt sich etwa beim Thema Queerness. Im Profi-Männerfussball noch immer ein Tabu, gehen die Frauen damit entspannt um. Einige zählen sich zur LGBTQ-Community, andere nicht, alle spielen zusammen im gleichen Team.



# Rechte und Arbeitgeberverbände bewirtschaften ein neues Feindbild Teilzeit-Arbeit: Wer will, wer kann – und wer muss

«Lifestyle-Teilzeit» heisst der neue Kampfbegriff der Arbeitgeber und rechten Parteien. Was sie unterschlagen: Die grosse Mehrheit jener, die Teilzeit arbeiten, machen das nicht aus Jux und Tollerei. Sondern weil sie keine andere Wahl haben.

CLEMENS STUDER

Erst waren es die Jungen, dann die Alten, die ins Visier der bürgerlichen Parteien, der Wirtschaftsverbände und der ihnen gewogenen Medien gerieten. Entweder faul, weil jung, oder faul, weil alt. Beides geben die Zahlen nicht her.

**Viele Frauen finden kein höheres Pensum.**

Die sehen so aus: 38,7 Prozent aller Erwerbstätigen in der Schweiz arbeiten Teilzeit, das sind 1,9 Millionen Menschen. 58 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, bei den Männern sind es 21 Prozent. 74,9 Prozent der Mütter mit Kind im Haushalt sind Teilzeiterwerbstätige. Bei den Vätern in exakt derselben Familiensituation: 14,3 Prozent. Wohlge- merkt: Diese Zahlen betreffen nur die bezahlte Arbeit. Rechnet man die unbezahlte Care-Arbeit und Hausarbeit dazu, ist die tägliche Gesamt- arbeitszeit von Frauen höher als jene der Männer.

**DER KAMPFBEGRIFF**

«Lifestyle-Teilzeit» lautet der neue Kampfbegriff von rechts. Seit etwa drei Jahren taucht er in der öffentlichen Debatte auf. «Lifestyle-Teilzeit» tönt nach Faulheit und Leben auf dem Buckel der anderen. Aber auch hier gilt: Die Zahlen geben das nicht her. Der Arbeitgeberverband hat im April eine eigene Analyse auf Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung veröffentlicht und damit seinen Kampfbegriff selbst demontiert. «Lifestyle-Teilzeit» ist demnach kein Jugendphänomen. In der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen arbeiten 28,2 Prozent Teilzeit, einer der tiefsten Werte überhaupt. Erst ab 50 Jahren steigt der Anteil jener deutlich an, die laut Eigenauskunft «kein Interesse an einer Vollzeitstelle» haben. Bei den 60- bis 64-jährigen ist es fast jede sechste erwerbstätige Person. Wenn also schon jemand laut

Arbeitgebern «faul» sein sollte, dann eher die Babyboomer. Nur heisst das nach Jahrzehnten Vollzeit vermutlich schlicht: erschöpft. Oder beschäftigt mit der Pflege der Eltern. Oder beides.

**NEGATIVE REKORDE**

Wer mit einer in der Schweiz grossflächig verbreiteten 42-Stunden-Woche 80 Prozent arbeitet, arbeitet gerade mal eine gute Stunde pro Woche weniger als zum Beispiel ein Búezer oder eine kaufmännische Angestellte in grossen Teilen der deutschen Industrie. Die Produktivität in der Schweiz steigt seit Jahren, doch die Arbeitszeiten sind nicht gesunken. Und die realen Löhne stagnieren. Die Produktivitätsgewinne flossen zum grössten Teil ans Aktionariat, nicht an die Lohnabhängigen. Bis 1990 sanken die betriebsüblichen Arbeitszeiten alle zehn Jahre um eine bis zwei Stunden bei gleichem Lohn. Das heisst: Die Unternehmer gaben einen Teil der Produktivitätsgewinne auch via Arbeitszeitverkürzungen weiter. Seither haben die Arbeitnehmenden ihre (individuellen) Arbeitszeitverkürzungen selbst bezahlen müssen: mit «freiwilliger» Teilzeit und damit weniger Lohn. Das muss man sich leisten können. Ökonomisch und gesundheitlich. Das gilt erst recht für Frauen, die neben der Erwerbsarbeit Kinder betreuen, Eltern pflegen oder beides gleichzeitig. Dazu kommt: Nach der letzten Erfassung würden 254 000 Teilzeiterwerbstätige sofort mehr arbeiten. Doch sie finden schlicht kein höheres Pensum. Drei Viertel davon sind Frauen.

**KULTUR- UND KLASSENKAMPF**

Die Teilzeit-Diskussion von rechts ist einerseits Kulturkampf. Es geht darum, rechts unerwünschte Lebens- und Arbeitsmodelle zu bestrafen. Das Idealbild ist die Familie mit Alleinernährer. Und wenn die Frau auch erwerbstätig sein will, übernehmen die Kinderbetreuung am besten die Grosseltern. Hier stören staatlich unterstützte familienergänzende Betreuungsangebote. Darum bekämpfen die bürgerlichen Parteien auch eine ernsthafte Kita-Förderung, Tagesschulen und andere Betreuungsangebote. Motto: Nannys nur für Reiche, Betreuungsnot für alle anderen.

Nur auf den ersten Blick erstaunt, welche Vorschläge rechte Politiker und Arbeitgeberverbände zur Lösung des «Problems» machen: Steuer- senkung und Strafen. Nichts wissen wollen sie dafür von ausgebauten und bezahlbaren Kita- Infrastrukturen und der Senkung der hohen Normalarbeitszeiten. Oder von Löhnen, die zum Leben reichen. Oder von Arbeitsbedingungen, die nicht immer mehr Menschen krank machen (siehe auch Seite 9).

**38,7 Prozent** der Erwerbstätigen arbeiten Teilzeit (das heisst: weniger als ein 90-Prozent-Pensum).

**21,1 Prozent** der erwerbstätigen Männer arbeiten Teilzeit.

**254 000**

der Teilzeiterwerbstätigen hätten gerne ein höheres Pensum. Frauen sind knapp dreimal häufiger betroffen als Männer.

**86,3%** der noch berufstätigen 65-jährigen und Älteren arbeiten Teilzeit.

**17 Prozent**

der erwerbstätigen Schweizer und Schweizerinnen arbeiten mit einem Pensum von unter 50 Prozent. Bei den Menschen ohne Schweizer Pass sind es 10 Prozent.

**1,9 Millionen** Menschen insgesamt arbeiten Teilzeit.

**58,4%** der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit.

**72 Prozent** der Erwerbstätigen ohne Schweizer Pass arbeiten Vollzeit. Bei den Schweizerinnen und Schweizern sind es 57 Prozent.

**74,9 Prozent**

der Mütter mit Kind im Haushalt arbeiten Teilzeit, bei Vätern in der gleichen Situation sind es nur 14,3 Prozent.

**15%** der Teilzeiterwerbstätigen üben mehrere Jobs aus, bei Vollzeiterwerbstätigen sind es 4 Prozent.

**28,2 Prozent** der 15- bis 24-jährigen haben ein Teilzeit-Pensum.

# Das Gleichstellungsgesetz regelt die Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben: Jetzt wird es (erst!) 30 Jahre alt Ein Durchbruch, aber kein Grund zur Euphorie



Das Gleichstellungsgesetz verlangt Lohngleichheit, das Verbot von Diskriminierung, sexueller Belästigung oder diskriminierender Kündigung. Am 1. Juli 1996 trat das Gesetz in Kraft. Was eine Porno-Darstellerin, schnippische Bemerkungen in Rom und SVP-Übervater Christoph Blocher mit dem Gesetz, Feminismus und Gleichstellung zu tun haben, darüber sprechen drei Feministinnen aus drei Generationen in drei Interviews: Frauenstreik-Pionierin Christine Goll, Gewerkschafts-Pionierin Vania Alleva und Queer-Pionierin Anna Rosenwasser. ANNE-SOPHIE ZBINDEN

## «Das Gesetz war eine Folge der wiedererstarkten Frauenbewegung»

**Christine Goll (69) sass von 1991 bis 2011 im Nationalrat, zuerst für die Zürcher FrAP! (Frauen macht Politik!) und später für die SP. Sie war Präsidentin der Gewerkschaft VPOD und später Leiterin von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften.**

**work:** Sie sassen für die SP im Nationalrat, als das Gleichstellungsgesetz ausgearbeitet wurde.  
**Christine Goll:** Ja! Es war 1994/95, während meiner ersten Legislatur. Im bürgerlichen Lager lautete der Tenor: Die-

Was unterscheidet Ihre Generation von den jungen Feministinnen heute? Zuerst einmal geben sie mir Hoffnung. Sie führen den Kampf um Gleichberechtigung weiter und lassen nicht locker. Ein grossartiger Moment war der Frauenstreik von 2019, als eine halbe Million Menschen auf die Strasse ging, darunter sehr viele junge Frauen. Und jetzt die Vorbereitungen für den Care-Streik 2027. Was uns unterscheidet, ist das gewachsene Bewusstsein über die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität. Auch das Gleichstellungsgesetz muss dem heute Rechnung tragen.

**Sie haben die Einführung des Frauenstimmrechts 1971 erlebt, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverfassung 1981 oder die Einführung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs 2004. Wo reht sich das Gleichstellungsgesetz in diese Errungenschaften ein?**

Das Gesetz ist ein zentrales Element für die ökonomische Gleichstellung der Frauen, die wiederum eine grundlegende Voraussetzung für die soziale Sicherheit und Gleichstellung in allen Lebensbereichen ist.

**Trotz dem Gesetz gibt es relativ wenig Klagen. Woran liegt das?**

Viele Frauen haben Angst vor weiteren Repressalien und davor, ihren Job zu verlieren. Auch die Kosten können hoch sein. Und es braucht einen extrem langen Atem: Eine Klage bis vor Bundesgericht dauert im Durchschnitt vier Jahre. Deshalb müsste dringend das Verbandsklagerecht gestärkt und auf kommunale und kantonale Gleichstellungsbüros ausgeweitet werden. Zudem braucht es Sanktionen für Firmen, die sich nicht ans Gesetz halten.

**Was können Sie über die Verfahren sagen?**

Allgemein gilt die Einschätzung, dass viele Richterinnen und Richter das Gesetz nicht genügend kennen. Ausserdem fällt auf, dass vor allem Frauen in Vollzeitstellen klagen. Das weist darauf hin, dass sich Frauen mit Teilzeitpensen noch weniger für ihre Rechte einsetzen können – aufgrund der ökonomischen Risiken oder weil die zusätzliche Belastung zu gross ist. Ein Grossteil der Klagen erfolgt zudem in Gesundheitsberufen. Das zeigt, dass dort die Diskriminierung besonders stossend ist. Um die Prozesse wirklich einordnen zu können, bräuchte es allerdings endlich eine nationale Datenbank, die alle Verfahren auf Grundlage des Gleichstellungsgesetzes erfasst.

**Wenn Sie auf Ihr feministisches Engagement zurückblicken: Was ärgert Sie immer wieder, was hat sich verbessert?**

Skandalös finde ich nach wie vor die soziale Absicherung im Alter. Sie widerspiegelt auch die Diskriminierung im Erwerbsleben. Die Folge ist Altersarmut, von der Frauen deutlich häufiger betroffen sind als Männer. Eine grosse Errungenschaft sind für mich die Gutschriften in der AHV für Erziehungs- und Betreuungsarbeit. Das sollte unbedingt auch auf die Pensionskassen übertragen werden. Und was es ebenfalls braucht: eine Frühpensionierung für Pflegende, ähnlich wie auf dem Bau.

**«Es braucht eine Frühpensionierung für Pflegende, ähnlich wie auf dem Bau.»**

Die Pensionskassen übertragen werden. Und was es ebenfalls braucht: eine Frühpensionierung für Pflegende, ähnlich wie auf dem Bau.

**Wo sehen Sie die grössten Bedrohungen für zukünftige gleichstellungspolitische Fortschritte?**  
Die SVP-Initiative gegen eine «10-Millionen-Schweiz» ist auch aus feministischer Perspektive bedrohlich. Sie würde die Arbeit in den Pflegeberufen massiv erschweren, was wiederum vor allem Frauen treffen würde.

**Und zum Schluss: Was ist Ihre politische Lieblingsfarbe?**

Violett und Rot. Beides möglichst nicht verwässert!

## «Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht»

**Vania Alleva (56) wurde 2012 Unia-Co-Präsidentin und steht seit 2015 als erste Frau an der Spitze der grössten Schweizer Gewerkschaft. Unter Allevas Führung hat die Unia ihren Fokus auf Frauen, Migration und Dienstleistungsberufe vertieft.**

**work:** Bei der Einführung des Gleichstellungsgesetzes waren Sie 26 Jahre alt. Welche Erinnerungen haben Sie daran?

**Vania Alleva:** Ich habe die Einführung des Gleichstellungsgesetzes als Ergebnis des ersten Frauenstreiks von 1991 wahrgenommen – ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung. Damals lebte ich in Rom und musste die leicht schnippischen Kommentare meiner Kolleginnen über die langsame Schweiz ertragen.

**Was hat das Gleichstellungsgesetz für Verkäuferinnen, Pflegerinnen oder Reinigerinnen verbessert?**

Das Gesetz setzt einen klaren Rahmen für die Gleichstellung im Erwerbsleben und wirkt präventiv. Das Gesetz ist wichtig, genügt aber nicht. Die Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht. Der Verfassungsauftrag von 1981 für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ist nicht umgesetzt.

**Inwiefern?**

Es geht um strukturelle Diskriminierung: Vor allem Frauen arbeiten in Tieflohnjobs. Die Hälfte aller Frauen mit Lehrabschluss verdient weniger als 5000 Franken. Frauen haben tiefere Renten. Es braucht also strukturelle Veränderungen bei Löhnen, Renten und der Verteilung der Care-Arbeit. Zentral ist hier die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine Reduktion der Arbeitszeit bei gleichem Lohn. Viele Frauen reduzieren ihr Pensum, um unbezahlte Care-Arbeit zu übernehmen, auch weil sie weniger verdienen als Männer. Zudem fehlt es noch immer an

**«Noch immer existiert die Vorstellung, Care-Arbeit sei den Frauen (angeboren).»**

bezahlbaren Kita-Plätzen. Gleichzeitig wollen rechtsbürgerliche Vorstösse die Arbeitszeiten weiter einseitig flexibilisieren und ausweiten. Das erschwert die Vereinbarkeit zusätzlich.

**Es harzt also hauptsächlich auf gesellschaftlicher Ebene?**

Noch immer existiert die Vorstellung, Care-Arbeit sei den Frauen «angeboren». Diese Haltung prägt nicht nur die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, sondern auch die Bewertung stypischer Frauenberufe wie Pflege, Kinderbetreuung oder Reinigung. Diese sind gesellschaftlich unverzichtbar, werden aber oft schlechter bezahlt.

**Welche Formen von Diskriminierung erfahren Sie am häufigsten?**

Lohndiskriminierung spielt eine wichtige Rolle. Als Unia haben wir verschiedene Lohnklagen geführt und Frauen rechtlich unterstützt. Im Alltag hören wir auch oft von den Belastungen rund um die Vereinbarkeit: dem Druck am Arbeitsplatz und gleichzeitig der Verantwortung für Familie und Betreuung. Zunehmend werden auch Fälle sexueller Belästigung am Arbeitsplatz thematisiert, insbesondere von jüngeren Frauen. Hinzu kommen existenzielle Diskriminierungen. Zum Beispiel fehlende sanitäre Anlagen für Frauen auf dem Bau. Oder dass Frauen für WC-Pausen ausstempeln müssen.

**Zurück zum Gleichstellungsgesetz. Wo sehen Sie die grössten Lücken?**

Bei den Lohnkontrollen. Seit der Revision von 2018 sind Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden zu Lohnanalysen verpflichtet. Die bisherigen Erfahrungen sind ermutigend. Viele Unternehmen erfüllen ihre Verpflichtungen gar nicht oder nur ungenügend, und Sanktionen fehlen. Deshalb braucht es regelmässige Lohnanalysen, wirksame Kontrollen und Sanktionen bei Verstössen. Zudem sollte die Pflicht auch für kleinere Unternehmen gelten. In der Perspektive wäre eine unabhängige Stelle sinnvoll, die die Umsetzung schweizweit überwacht und koordiniert.

**Warum geht es so langsam voran?**

Positiv ist, dass überhaupt Fortschritte erzielt werden. Dazu haben auch gewerkschaftliche Kampagnen für höhere Mindestlöhne beigetragen, die Frauen überdurchschnittlich nützen. Bemerkenswert ist, dass die Lohnungleichheit bei hoch-

qualifizierten Frauen oft grösser ist als im Durchschnitt. Das zeigt, dass es nicht einfach um Ausbildung oder Qualifikation geht. Ohne gesellschaftlichen und politischen Druck bewegt sich nichts. Es braucht breite Bündnisse und eine starke Mobilisierung.

**Eine Studie hat gezeigt, dass Frauen im Schnitt nur drei Jahre CEO grosser Unternehmen sind. Sie sind seit rund 15 Jahren Präsidentin der Unia. Was braucht es, damit mehr Frauen in Führungspositionen bleiben?**  
Entscheidend ist die Unternehmenskultur. Frauen sollten nicht isoliert in männerdominierten Führungsgremien arbeiten. Studien zeigen, dass sich die Kultur oft erst verändert, wenn Frauen einen substantiellen Anteil der Mitglieder ausmachen. Deshalb sind Quoten sinnvoll. Sie helfen, bestehende Strukturen aufzubrechen und neue Normalitäten zu schaffen. Letztlich gelten auch für Führungspositionen dieselben Voraussetzungen wie für die gesamte Arbeitswelt: faire Löhne, Vereinbarkeit und Wertschätzung.

**Welche Schritte braucht es heute, damit wir in 30 Jahren einen grossen Schritt vorwärts gekommen sind?**

Arbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird, wie Pflege oder Verkauf, muss besser entlohnt werden. Das heisst erstens höhere Mindestlöhne: keine Löhne unter 4500 Franken, 5000 Franken mit abgeschlossener Berufslehre. Zweitens braucht es Verbesserungen bei den Renten. Modelle wie die Erziehungsgutschriften in der AHV sollten auch für die berufliche Vorsorge gelten. Drittens braucht es eine Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes, insbesondere bei den



**VANIA ALLEVA: «Quoten sind sinnvoll. Sie helfen, bestehende Strukturen aufzubrechen.»** FOTO: MANU FRIEDERICH

Lohnkontrollen. Viertens müssen wir die gesellschaftliche Bedeutung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit stärker anerkennen. Das wird im feministischen Streik 2027 im Zentrum stehen. Schliesslich braucht es die konsequente Bekämpfung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und die Ratifizierung der ILO-Konventionen 190 und 191.

**Und zum Schluss: Welches ist Ihre politische Lieblingsfarbe?**

Von Rot über Violett bis Pink!

## «Feminismus empfand ich als laut und hässlich»

**Anna Rosenwasser (36) ist Autorin und seit 2023 SP-Nationalrätin mit den Schwerpunkten Feminismus und queere Menschen. Auf Instagram betreibt sie einen der grössten politischen Social-Media-Kanäle der Schweiz.**

**work:** Sie sind fast gleich alt wie das Gleichstellungsgesetz. Sind Sie mit dem Versprechen aufgewachsen, Gleichstellung sei erreicht?

**Anna Rosenwasser:** Ja. Aber es gab krasse Widersprüche zur Realität. Zum Beispiel: Wenn einer meiner drei Brüder hässig war, wurde er ernst genommen. War ich hingegen wütend, wurde ich ausgelacht. Mir wurde beigebracht, selbstbewusst zu sein und dass ich alles werden kann. Aber ich habe schnell bemerkt, dass in manchen Berufen viel mehr Frauen und in anderen fast nur Männer arbeiteten. Aber ich wollte niemals Feministin sein. Weil ich Feminismus als laut und hässlich empfand.

**Wann hat sich das geändert?**

Mit 20 habe ich mein erstes feministisches Buch gelesen. Es hiess «Wir Alphamädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht». Ich las es heimlich, weil ich mich schämte. Die Befreiung kam für mich mit der Popsängerin Kate Nash und der Pornorevolutionärin Sasha Grey. Mit ihnen lernte ich, dass es keine falsche Art gibt, Frau zu sein. Dass Frauen selbstbestimmt leben dürfen.

**Was unterscheidet Ihre Generation von den Frauenstreik-Pionierinnen von 1991?**

Ich habe grossen Respekt vor der Lebenserfahrung dieser Frauen, die schon lange vor uns gekämpft haben. Dank ihnen müssen wir nicht mehr bei null anfangen: Ich bin mit einer Frau zusammen und spreche offen darüber. Ich habe ein eigenes Bankkonto. Ich habe mich bewusst gegen ein Kind entschieden. Und ich bin Nationalrätin! Das sind alles keine Selbstverständlichkeiten. Und dank diesen Pionierinnen weiss ich: Ich darf auch radikale Forderungen stellen. Was uns unterscheidet, ist die Vielfalt. Queere Menschen sind keine Bedrohung, Vielfalt ist ein Vorteil!

**Diese Vielfalt kommt im Gleichstellungsgesetz nicht vor...**

Leider nicht. Das Gesetz geht nicht explizit auf den Schutz vor Diskriminierung von queeren Menschen ein. Das muss angepasst werden.

**Sprechen junge Arbeitnehmende heute offener über Diskriminierung?**

Ja, es ist weniger ein Tabu. Aber ob wir uns dagegen wehren können, hängt vom Machtgefälle im Job ab, von der Abhängigkeit. Und die ist für viele Frauen nach wie vor gross. Von den Lernenden höre ich oft, dass sie nicht wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie Diskriminierung erleben.

**Und welche Art der Diskriminierung im Erwerbsleben erlebt Ihre Generation am meisten?**

Was ich häufig höre, sind Geschichten über übergriffige Chefs, die dann hingenommen werden mit dem Spruch: «Er ist halt einfach so.»

**«Es ist wichtig, dass wir Frauen Zartheit und Weichheit auch leben dürfen.»**

Und dann gibt es viele Formen der Ungleichbehandlung, die auf tief verankerten Rollenbildern basieren: Wenn ich als Journalistin mit einem männlichen Fotografen unterwegs war, wandten sich die interviewten Menschen sehr häufig an ihn statt an mich.

**Sind denn diese Rollenbilder mittlerweile nicht doch etwas aufgeweicht?**

An der Oberfläche schon. Doch uns Frauen wird beigebracht, sich anzupassen, immer Harmonie herzustellen, nicht zu widersprechen. Wir dürfen keinen Raum einnehmen. Wir müssen immer nett sein. Das haben wir tief



**ANNA ROSENWASSER: «Queere Menschen sind keine Bedrohung, Vielfalt ist ein Vorteil!»** FOTO: ZVG

verinnerlicht. Übrigens: Am meisten werde ich für meine parlamentarische Arbeit gelobt, wenn ich nett bin.

**Wo und wie wird das den Frauen beigebracht?**

In der Art, wie andere Menschen über Frauen reden. Wie Frauen in der Öffentlichkeit kommentiert werden: oberflächlich, abschätzig. Frauen wird – oft unbewusst – weniger zugehört, sie werden weniger ernst genommen, ihnen wird weniger zugehört.

**Gleichstellung ist also noch lange nicht erreicht, und doch erleben wir weltweit einen Angriff auf die Rechte der Frauen.**

Tatsächlich ist es wohl ein Aufbäumen des Patriarchats. Die Mächtigen fühlen sich in ihrer Vormachtstellung bedroht. Es ist aber auch eine Reaktion auf den tatsächlichen Fortschritt, der in Sachen Gleichstellung erreicht wurde. Dieser stellt die herrschende Ordnung in Frage. Die Frauen haben nie zu viel gefordert und auch nicht zu laut. Fortschritt ist nie eingetroffen, weil jemand höflich danach gefragt hat.

**Welche Risiken sehen Sie durch Künstliche Intelligenz (KI) für die Gleichstellung?**

Die Hauptfrage ist doch: Wer profitiert finanziell von KI? Das sind einige wenige Tech-Milliardäre. Diese sind nicht sonderlich an Gleichberechtigung interessiert. Kommt hinzu: KI widerspiegelt die Gesellschaft so, wie sie ist. Dadurch wiederholt und vervielfältigt sie auch Stereotype und Diskriminierungen.

**Und zum Schluss: Welches ist Ihre politische Lieblingsfarbe?**

Für den 14. Juni definitiv Lila und Violett. Doch ich mag auch Rosa, weil ich damit radikale Forderungen mit einer vermeintlich harmlosen Farbe verbinden kann. Und weil Rosa zart und weich ist. Es ist wichtig, dass wir Frauen Zartheit und Weichheit auch leben dürfen.



**CHRISTINE GOLL: «Im bürgerlichen Lager lautete der Tenor: Dieses Gesetz braucht es nicht. Bei uns herrschte hingegen Aufbruchstimmung.»** FOTO: NICOLAS ZORNI

ses Gesetz braucht es nicht. Es gab auch viele verbale sexistische Attacken. Bei uns Befürworterinnen herrschte hingegen Aufbruchstimmung, beflügelt vom Frauenstreik von 1991 und der grossen Protestwelle gegen die Nichtwahl von Christiane Brunner 1993. Über Parteigrenzen hinweg schlossen sich die Frauen zusammen, damit das Gesetz zustande kam. Die Debatte im Nationalrat sorgte in den Medien für hohe Wellen – leider nicht nur wegen des Gleichstellungsgesetzes.

**Sondern?**

Wegen eines gewissen Milliardärs aus Herrliberg (SVP-Übervater Christoph Blocher, Anm. der Red.). Er drückte in der Abstimmung im Nationalrat den Knopf seiner Rats- und Parteikollegin Lisbeth Fehr. Blocher tat diesen Betrug als Jux ab und behauptete, er kenne ihre Meinung. Was diese vehement bestritt, denn sie stimmte am Schluss für das Gesetz, er dagegen.

**Sind 30 Jahre Gleichstellungsgesetz ein Grund, zu feiern?**

Das Gesetz war ein Durchbruch – und eine Folge der Frauenbewegung, die in den 1980er Jahren wieder erstarkt war. Aber es war am Schluss eine Minimalvariante und kein Grund zur Euphorie.



**work  
kommentar**  
Oliver Fahrni

## MARSEILLE-UGANDA EINFACH

Kann sein, dass ich demnächst von Marseille nach Kampala, Uganda, Afrika, deportiert werde. Nichts gegen Kampala. Die Stadt vibriert im Afrobeat, und vermutlich sind die Mieten erschwinglich, wenn fast 40 Prozent der Bevölkerung mit weniger als 2 Dollar überleben müssen. Aber aus Kampala vom Kampf der Marseiller Docker gegen die Macht-ergreifung der Rechtsextremen zu berichten stelle ich mir unpraktisch vor.

**KEIN WITZ.** Über Deportation macht man keine Witze. Also der Reihe nach. Kürzlich, der frühe Morgen war klar, der Kopf nach einem Geburtstagsfest weniger, plapperte das Radio, die EU werde Migrantinnen und Geflüchtete, die man nicht haben will, in Lager ausserhalb Europas verschicken. Zum Beispiel nach Uganda. Diese Überisierung des Menschen-

rechts schlägt allem ins Gesicht, wofür Europa noch immer zu stehen vorgibt. Doch allein Spanien widersetzte sich. Offenbar ist

### Offenbar ist Meloni und ihren braunen Kameraden in Brüssel ein Putsch gelungen.

Italiens Neofaschistin Giorgia Meloni und ihren braunen Kameraden in Brüssel ein Putsch gelungen. Dass es mit Zustimmung der bürgerlichen Rechten geschah, wundert nicht.

**IM BUSCH.** Im vergangenen Herbst hatten zwei Geister-Flugzeuge ohne Vorwarnung 324 Gefangene aus Gaza, Männer, Frauen, Kinder, in Südafrika ausgeladen – eine Rache Israels für die lautstarke Kritik am Genozid. Donald Trumps Miliz ICE verschickt derweil Hunderte von lateinamerikanischen Flüchtlingen nach Kongo (DRC). Eine 55jährige Kolumbianerin fing sich dabei Ebola ein. Sie darf aber nicht ins neue Ebola-Krisenhospital in Kenia, dort werden ausschliesslich US-Bürgerinnen gerettet. Zu Ebola und Bürgerkrieg will das US-Regime nun auch jene Afghaninnen und Afghanen verschicken, die den US-Truppen während der zwanzigjährigen Besatzung Afghanistans geholfen hatten – gegen das Versprechen, in den USA ein neues Leben zu bekommen. Finden sie es im kongolesischen Busch?

**GANZ PERSÖNLICH.** Dies hatte ich an jenem Morgen im Kopf, als ich noch vor dem ersten Kaffee vernahm, die Ablehnung der Chaosinitiative der SVP sei unsicher. Plötzlich ging mich das persönlich an: Wird sie angenommen, fällt die Personenfreizügigkeit. Dann wäre ich als Schweizer in Marseille illegal. Auf eine Bleibebewilligung könnte ich kaum hoffen; ich habe gesehen, was den Briten hier nach dem Brexit widerfuhr. Ohnehin zerrt die ewige Rosinenpickerei der Schweiz nicht nur der französischen Regierung schon lange an den Nerven. In Europa leben amtlich 537 000 Schweizerinnen und Schweizer. Etliche Glückliche haben eine zweite Nationalität. Ich nicht. Und das rote Ding mit dem Kreuz ist längst nicht mehr, was es damals war, als mir ein dunkler Geselle am Alten Hafen dafür 15 000 Euro anbot. Freipass war vorgestern. So müsste ich mich künftig, wie meine nigerianischen und algerischen Nachbarn, vor dem Tag fürchten, da mir die OQTF ins Haus flattert. Das barbarische Kürzel steht für den Befehl, «das französische Territorium innert 30 Tagen zu verlassen». Unsicher, ob mich die Schweiz zurücknähme. Also Deportation. Nur: Warum eigentlich sollte es mir bessergehen als Shirin, Chimananda oder Mounir?

Die EU führt bald neue Zölle auf Stahl ein

# Bange Tage für die Schweizer Stahlwerke

**Die EU wird die Zölle auf Stahlimporte ab Anfang Juli auf 50 Prozent verdoppeln und die zollfreien Einfuhrkontingente halbieren. Was bedeutet dies für die beiden Schweizer Stahlwerke, und gelingt es, doch noch einen Deal auszuhandeln?**

IWAN SCHAUWECKER

Mit einem Zollsatz von 50 Prozent sollen die europäischen Stahlwerke und ihre etwa 275 000 Beschäftigten vor Überkapazitäten, insbesondere billigem Stahl aus China, geschützt werden. Denn in den letzten 20 Jahren gingen in den Stahlwerken der EU bereits etwa 100 000 Arbeitsplätze verloren. Das sagte EU-Kommissar Costas Kadios vor dem EU-Parlament, bevor dieses Mitte Mai den neuen Zöl-

### Exporte aus der Schweiz in die EU wären nicht mehr rentabel.

len auf Stahlimporte in die EU zustimmte. Ausgenommen vom neuen EU-Zoll sind lediglich Norwegen, Island und Liechtenstein, die dem EWR angehören. Die Schweizer Behörden hatten sich in den letzten Monaten erfolglos für eine Ausnahme eingesetzt. Deshalb gilt der neue Zoll auf Stahlimporte ab dem 1. Juli auch für die Schweiz.

### GEWERKSCHAFTEN LOBBYIEREN

In einem gemeinsamen Brief wenden sich nun der SGB, der Europäische Gewerkschaftsbund und Travail Suisse an die EU-Kommission. Auch die Unia lobbyiert mit dem Europäischen Gewerkschaftsverband Industriall für zollfreie Einfuhrkontingente. Doch auch



Die meisten Exporte von hier gehen in die EU: Das Stahlwerk in Emmenbrücke würden die neuen Zölle direkt treffen. FOTO: KEYSTONE

diese werden gegenüber dem Vorjahr halbiert. Die Gewerkschaften äussern im Brief Verständnis für die Zölle, aber auch ihre Sorge um die beiden Schweizer Stahlwerke. Exporte aus der Schweiz in die EU wären mit dem neuen Zoll nicht mehr rentabel, und die Auslastung der Werke dürfte unter ein Niveau fallen, das den Weiterbetrieb garantiert. Arbeitsplätze in der Schweiz seien dadurch akut gefährdet.

### STEELTEC STARK BETROFFEN

Die Pressesprecherin von Steeltec in Emmenbrücke, wo 600 Personen für das Luzerner Stahlwerk arbeiten, sagt, dass ein grosser Teil der Produktion und die meisten Exporte von Steeltec in die EU gingen. Etwas weniger exponiert ist Stahl Gerlafingen, das seit der Schliessung einer Produktionsstrasse im Jahr 2024

heute vor allem Recycling-Baustahl für den Schweizer Markt herstellt. Doch auch hier stehen Investitionen in einen energieeffizienteren Betrieb auf der Kippe, wenn der Marktzugang in die EU verloren geht.

### VORBILDICHE ZUSAMMENARBEIT

Matteo Pronzini, MEM-Verantwortlicher bei der Gewerkschaft Unia, sagt: «Seit 2024, als wir mit unserem Protest und Lobbying die Zukunft der Schweizer Stahlwerke sicherten, arbeiten wir sehr gut mit den Unternehmen zusammen.» Eine solche Zusammenarbeit wünscht er sich auch mit anderen Betrieben der exportorientierten MEM-Branche, die weiterhin unter dem starken Franken, unsicheren Beziehungen zur EU und dem fehlenden Rückhalt für eine koordinierte Schweizer Industriepolitik leiden.

## Die Schweiz weibelte dagegen, doch das Uno-Gericht bestätigt: Streiken gehört zur Gewerkschaftsfreiheit

**Der Internationale Gerichtshof (IGH) erteilt Arbeitgeber-Hardlinern eine Abfuhr: Das Streikrecht sei sehr wohl Teil der Koalitionsfreiheit, wie sie die ILO definiert. Das Bundesgericht müsse jetzt über die Bücher, fordert der Gewerkschaftsbund.**

JONAS KOMPOSCH

Am 21. Mai hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag ein Gutachten publiziert, das der offiziellen Schweiz genauso wenig passt wie dem hiesigen Arbeitgeberverband. Was ist passiert?

Das wichtigste Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen war 2023 vom Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angerufen worden, um in einem jahrzehntelangen Streit ein definitives Machtwort zu

### Die offiziellen Vertreter der Schweiz haben das Streikrecht bekämpft.

sprechen. Zankapfel war die ILO-Konvention Nr. 87. Diese garantiert seit 1948 die Vereinigungsfreiheit, also das fundamentale Recht von Arbeitnehmenden genauso wie von Arbeitgebenden, sich in Gewerkschaften beziehungsweise Verbänden zusammenzuschliessen. Und, ganz wichtig: «Die Behörden haben sich



BÜEZER DÜRFEN FÜR IHRE RECHTE KÄMPFEN: Bau-Protesttag vom letzten November in Basel. FOTO: MANU FRIEDERICH

jedes Eingriffs zu enthalten, der geeignet wäre, dieses Recht zu beschränken oder dessen rechtmässige Ausübung zu behindern.» Nichts Explizites sagt die Konvention allerdings zum Recht auf Streik – ein Steilpass für all jene ILO-Mitglieder, die sich vor der schärfsten Waffe der Lohnabhängigen besonders fürchten müssen.

### STREIKFRAGE LÄHMTE ILO

Ab 1989 führen die Arbeitgebervertreter innerhalb der ILO eine Kampagne gegen das Streikrecht. Doch stets liefen sie bei den ILO-Aufsichtsorganen auf, die beharrlich festhielten: Doch, das Streikrecht ist ein integraler Bestandteil der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation. Akzeptieren wollten das die Gegner nicht. Und so kul-

minierte der Streit 2012 in einer institutionellen ILO-Krise: Die Arbeitgebergruppe und die ihr wohlgenigten Staaten blockierten jedes Vorankommen in der Frage. Erst der nun gefällte IGH-Entscheid vermochte die Pattsituation zu lösen. Das Verdikt aus Den Haag ist unmissverständlich: «Das Recht auf Streik ist unter der Konvention Nr. 87 geschützt.»

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) zeigt sich zufrieden: «Der Entscheid schafft wichtige rechtliche Klarheit für Arbeitnehmende weltweit.» Problematisch ist aus SGB-Sicht, dass ausgerechnet die Schweiz im Verfahren vor dem IGH die gegenteilige Position vertreten hat. Tatsächlich legten sich die offiziellen Vertreter der Schweiz sogar deutlich mehr als die meisten anderen

Abgesandten gegen das Streikrecht ins Zeug. Damit stand die Schweiz auf der Seite einer winzigen Länder-Minderheit. In der Schlussabstimmung opponierten neben der Eidgenossenschaft nur gerade Japan, Costa Rica und Bangladesh. Doch warum dieser Eifer?

### SGB FORDERT KONSEQUENZEN

Zum einen macht die Verfassung der Schweiz weitgehende Einschränkungen. So sind Streik oder Aussperrung nur zulässig, «wenn sie Arbeitsbeziehungen betreffen und wenn keine Verpflichtungen entgegenstehen, den Arbeitsfrieden zu wahren oder Schlichtungsverhandlungen zu führen». Zudem unterwirft das Bundesgericht Streiks einer problematischen Verhältnismässigkeitsprüfung beziehungsweise einem sogenannten Übermassverbot. Danach soll ein Streik nicht «einschneidender als notwendig» sein. Für den SGB ist diese Rechtsprechung jetzt definitiv nicht mehr haltbar, sie müsse vom Bundesgericht aufgegeben werden. Dazu Co-Sekretariatsleiterin Gabriella Medici: «Arbeitskämpfe können ihre Funktion nur erfüllen, wenn sie wirksam wirtschaftlichen Druck erzeugen dürfen. Ein Streikrecht, das nur so weit ausgeübt werden darf, wie Gerichte dies im nachhinein als notwendig betrachten, verliert einen grossen Teil seiner Wirksamkeit.»



SIE SIND VIELE, SIE SIND LAUT: Demo in Lissabon gegen die Reformpläne der Regierung. FOTO: GETTY IMAGES

Generalstreik in Portugal für mehr Zeit zum Leben, einen Mindestlohn und Kündigungsschutz

# Tausende protestieren gegen «Arbeit XXL»

**Gewerkschaften zeigen in Portugal mit dem zweiten Generalstreik gegen die konservative Regierung, dass sie den gelockerten Kündigungsschutz, die Aushöhlung des Streikrechts und die «Flexibilisierung» von Arbeitszeiten nicht hinnehmen werden.**

RALF STRECK, TARRAGONA

Verwaiste Bahnhöfe und die geschlossene Metro in der Hauptstadt Lissabon haben am 3. Juni in Portugal deutlich gemacht: es ist Generalstreik! In den Strassen versammelten sich Zehntausende Menschen zum Protest, um mit dem zweiten Generalstreik in nur sechs Monaten die Rücknahme der geplanten Arbeitsmarktreform der konservativen Minderheitsregierung zu fordern. Sie wollen statt der geplanten Ausweitung der Arbeitszeit eine «35-Stunden-Woche», «Zeit zum Leben» und zudem eine Anhebung des Mindestlohns auf 1050 Euro.

Die Regierung von Ministerpräsident Luís Montenegro will ihr Arbeits-

markt-Paket mit dem Namen «Arbeit XXL» durchboxen. Mehr als 100 Artikel im Arbeitsgesetz sollen geändert werden. Zwar konnte der Streiktag das Land nicht völlig lahmlegen, aber in grossen Teilen ging über verordnete Minimaldienste hinaus nur noch wenig. Besonders stark war der Aus-

**Sie müssten 50 statt 40 Stunden arbeiten, ohne einen Zuschlag.**

stand im öffentlichen Dienst: Schulen blieben geschlossen, in Spitälern ging über den Notfalldienst hinaus nur wenig, mehr als die Hälfte aller Flüge fielen aus.

Der junge Bankangestellte Rodrigo Azevedo ist erfreut über die grosse Beteiligung junger Menschen. Die würden von den geplanten Massnahmen besonders getroffen. Zu work sagte der Gewerkschafter, er sehe im Generalstreik eine «Botschaft der Hoffnung». Denn die Reform mache junge Menschen «zu Gefangenen prekärer Arbeitsbedingungen für den Rest ihres Lebens». Sie könnten über die «Flexibilisierung» künftig 50 statt 40 Stunden arbeiten, ohne dafür einen Zuschlag zu erhalten.

Der Streik war stärker als erwartet und als die Regierung erhofft hatte. Anders als beim ersten Generalstreik gegen die Reformpläne im Dezember

stand nun federführend der grosse Gewerkschaftsdachverband CGTP dahinter. Für den kommunistisch dominierten CGTP stellte der Generalsekretär Tiago Oliveira eine «massive Beteiligung» fest. Der kleinere UGT-Dachverband, der der Sozialistischen Partei (PS) nahesteht, schloss sich nicht erneut an. Etliche UGT-Gewerkschaften riefen aber trotzdem zum Streik auf. Dazu kamen auch kleine Gewerkschaften wie die SNPVAC, die das Flugzeug-Kabinenpersonal vertritt. Auch sie sieht einen «beispiellosen Angriff auf bestehende Rechte».

## BEDROHLICHE REFORM

Die Regierung will auch den Kündigungsschutz aufweichen. Beschäftigte müssten nach unbegründeten Rauswürfen dann nicht wieder eingestellt werden, sondern würden mit Abfindungen abgespeist. Diese Abfindungen wurden schon in früheren Reformen zusammengestrichen. Der Bankangestellte Azevedo erklärt, dass Sorge dafür, dass teurere Stammbeschäftigten durch billigere Beschäftigte mit befristeten Verträgen ersetzt würden. Azevedo: «Diese Reform ist nicht nur eine Gefahr für unsere Zukunft, sondern bereits für unsere Gegenwart.» CGTP-Chef Oliveira erklärte auf der zentralen Kundgebung in Lissabon, dass auch das «Tarif- und Streikrecht sowie die Gewerkschaftsfreiheit in der Schusslinie» der Regierung

sein, um die «kollektive Organisationsfähigkeit» zu beschränken. «Denn Arbeitnehmende, die kollektiv verhandeln, erzielen bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen», schrie Oliveira in die Menge.

Die Regierung sieht das anders. Die Arbeitsgesetze seien «zu starr». Das halte Unternehmen davon ab, Menschen einzustellen und zu investieren. Damit höhere Löhne gezahlt werden könnten, müsse die Produktivität steigen, weshalb «flexibilisiert»

**Die Regierung schafft es nicht, eine Mehrheit für die Reform zu finden.**

werden müsse. Ministerpräsident Luís Montenegro versucht, die Bedeutung des Streiks kleinzureden, und sprach von «sehr, sehr geringen Teilnahmequoten» im Privatsektor. Im öffentlichen Sektor sprach er von einer Beteiligung von nur 23 Prozent.

## KEINE LÖSUNG IN SICHT

Das bedeutende und unabhängige Nachrichtenportal Sapo.pt macht auf die Widersprüche dieser Aussagen aufmerksam. So schreibt Shrikesh Laxmidas, klar spiele die Regierung die Auswirkungen des Streiks herunter. Es sei aber auffällig, dass sie gleichzeitig beklage, dass viele Menschen betroffen worden seien. Die Regierung hat es in

11 Monaten nicht geschafft, die Reform zu verabschieden, da sie keine Mehrheit hat. Allein das sei ein Erfolg von Streiks, meint Laxmidas. Montenegro müsse nachverhandeln, wenn er die Reform mit der Sozialdemokratie und nicht mit der rechtsextremen Chega-Partei verabschieden wolle. Diese ist schon zweitstärkste Kraft. Die Sozialdemokratische Partei hält sich, wie der Gewerkschaftsdachverband UGT, alles offen. Der UGT schliesst einen weiteren Generalstreik nicht aus. Und dann ist da noch die Tatsache, dass der neue Präsident Portugals, José Martins Segura, ein Sozialdemokrat ist. Mit seiner Wahl haben sich die Machtverhältnisse nach links verschoben, und er kann seine Unterschrift unter der Reform verweigern.

Dieser Streik habe «schwerwiegende Folgen für die Regierung», resümiert Laxmidas. Er hat dabei den letzten Generalstreikzyklus im Blick, als gegen die harten Sparauflagen im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2012 und 2013 protestiert wurde. Die Sparauflagen waren vom konservativen Regierungschef Pedro Passos Coelho vorangetrieben worden. Die Streiks endeten mit der Abwahl von Coelho und brachten 2015 den Sozialisten António Costa an die Macht, nun Präsident des Europäischen Rates.

Ralf Streck ist Journalist und lebt seit über 20 Jahren in Spanien.

## Jubiläumsbuch 135 Jahre Mieterverein

Die Lohnfrage und die Wohnfrage sind unzertrennlich. Doch während die Gewerkschaften schrumpfen, wächst der Mieterinnen- und Mieterverband massiv und gehört mit 230000 Mitgliedern zu den grössten NGO der Schweiz. Pionier ist der 1891 gegründete Mieterverein von Basel. Die dortigen Proletarierfamilien hausten unter fast einmalig miserablen Bedingungen. Noch heute wohnt in der Schweiz niemand so eng wie die Bebbi. Doch die Mieten sind spürbar tiefer als in Zürich, Genf, Bern oder Luzern. Und der gesetzliche Mieterschutz ist besser – dank dem kämpferischen Basler Mieterverein. Dessen Geschichte hat der bekannte Wohnpolitiker Niggi Scherr jetzt aufgearbeitet und in einem spannenden Buch publiziert.

**Der Basler Mieterverein. Die ersten 135 Jahre.** Jubiläumsband I, von Niklaus Scherr, 174 Seiten, 214 Bilder, 29 Franken (13.50 für Mitglieder), bestellen unter [mvbuch@mvbasel.ch](mailto:mvbuch@mvbasel.ch).

## Ausstellung Solothurn «im Visier»

Als Hitlers Wehrmacht den Zweiten Weltkrieg entfesselt, mordet sie auch mit Geräten namens «Solothurn S18-100» oder «Steyr-Solothurn S2-200». Die Panzerbüchse beziehungsweise das Maschinenengewehr stammt aus der Waffenfabrik



FOTO: SRF

Solothurn (WFS), einer Tochter des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Dieser darf nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland nicht mehr frei produzieren – und weicht daher 1929 in die Schweiz aus. Hier wird er vom FDP-Filz protegert. Selbst dann noch, als klar wird, dass die WFS eine astreine Nazi-Bude ist. Wie war das möglich? Antworten gibt die Sonderausstellung im Museum Altes Zeughaus.

**Im Visier. Die dunklen Geschäfte der Waffenfabrik Solothurn**, noch bis 25. Oktober 2026. Museum Altes Zeughaus, Zeughausplatz 1, Solothurn.

## Neuer IGB-Rechtsindex Putsch der Milliardäre

Jahr für Jahr untersucht der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), wie es weltweit um die Rechte von Arbeitnehmenden steht. Der neuste Bericht zieht die schlechteste Bilanz seit Messbeginn 2014. So wurden 2025 in der Hälfte aller Länder Arbeitnehmende wegen Gewerkschaftsaktivitäten verhaftet. Und ebenfalls in jedem zweiten Land wurde die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Beides Negativrekorde! Hinzu kommt ein Anstieg der Gewalt gegen Arbeitende. Selbst in «stabilen» Ländern wie Frankreich oder den USA erodiert der Arbeitnehmerschutz – eine direkte Folge des «Putschs der Milliardäre gegen die Demokratie», so der Bericht.

Den neusten Länderindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds gibt es unter [rebrand.ly/index26](http://rebrand.ly/index26).

# Neue HSG-Studie über Väter-Vorteile und Mütter-Mängel Wieso männliche Chefs von einem Papa-Bonus profitieren

**Väter in Führungspositionen erhalten mehr Unterstützung als Mütter. Denn Männer im Familienstress werden als «Opfer» eines unausgewogenen Verhältnisses zwischen Beruf und Privatleben betrachtet. Das zeigt eine neue Studie der Universität St. Gallen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Noch nie waren so viele Frauen in der Schweiz ausser Haus erwerbstätig wie heute. Und noch nie haben sich Väter so aktiv um ihren Nachwuchs gekümmert. Das ist zwar erfreulich. Doch zwei Wörter bringen die Probleme dahinter auf den Punkt: Papi-Tag. Es gibt eine eigene Bezeichnung für den Tag, den der Vater mit seinem Kind verbringt. Den Rest der Woche sind es Mami-Tage, doch davon spricht niemand. Weil Frauen den Hauptanteil der unbezahlten Betreuungsarbeit übernehmen. Aus nachvollziehbaren Gründen: Frauen arbeiten häufiger im Tieflohnsektor als Männer. Familienergänzende Kinderbetreuung ist teuer oder nicht vorhanden. Und dann sind da noch die gesellschaftlichen Erwartungen: Von Müttern wird wie selbstverständlich erwartet, dass sie sich um die Kinder kümmern. Väter hingegen, die dies tun, erhalten mehr gesellschaftliche Anerkennung als Frauen. Dieser Papi-Bonus ist nicht neu. Doch wie wirken sich diese starren Rollenbilder im beruflichen Umfeld aus? Das hat die Universität St. Gallen (HSG) jetzt untersucht.

### VÄTER IN DER OPFERROLLE

Die Forschenden haben Daten aus drei miteinander verbundenen Studien mit rund 1200 Teilnehmenden untersucht. Und das herausgefunden: Mitarbeitende sehen die Hauptrolle ihrer männlichen Vorgesetzten



PAPI-TAG: Was bei Männern gelobt wird, ist bei Frauen nichts, was besondere Beachtung findet. FOTO: GETTY IMAGES

in der Arbeitswelt. Deshalb begegnen sie Männern in Führungspositionen, die sich um Kinder kümmern, mit Unterstützung und Verständnis. Auch wenn die Kinderbetreuung die Arbeit beeinträchtigt. Der Grund: Sie wollen mithelfen, diesen scheinbaren Widerspruch zwischen Mann und aktiver Vaterrolle aufzulösen. Die Studien-Autorinnen und -Autoren schreiben es so: «Männliche Führungskräfte mit Arbeit-Familie-Konflikten werden häufig als «Opfer» eines unausgewogenen Verhältnisses zwischen Beruf und Privatleben angesehen und als hilfsbedürftig betrachtet, während weibliche Führungskräfte mit Arbeit-Familie-Konflikten bestenfalls als Personen mit falsch gesetzten

### Männer brauchen Hilfe, Frauen haben falsche Prioritäten.

Prioritäten und schlimmstenfalls als «schlechte Frauen» angesehen werden.» Diese «Doppelmentalität» habe Auswirkungen auf die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz.

DER BABY-KNICK  
Fakt ist: Die Berufsmöglichkeiten der Frauen sind durch die ihnen zugeschriebene Verantwortung für die Familie eingeschränkt. Wirtschaftsnobelpreisträgerin Claudia Goldin nennt das ein «schmutziges kleines Geheimnis, das wir alle kennen, über das wir aber nicht sprechen wollen». Das zeigen auch aktuelle Zahlen aus der Schweiz: Verheiratete Frauen mit Kindern verdienen 21 Prozent weniger als verheiratete Väter. Für Männer ist Vaterschaft hingegen ein Lohn-Booster: Sie haben 27,5 Prozent höhere Löhne als kinderlose Männer.

HSG-Professorin und Studienleiterin Jamie Gloor sagt: «Wenn ein

Mann zeigt, dass er unter Stress steht (oder unter einem Arbeit-Familie-Konflikt, wie wir ihn untersucht haben), weicht das von den Erwartungen anderer hinsichtlich der Beteiligung von Männern an Betreuungs- und Sorgeaufgaben ab, während derselbe Stress bei Frauen eher als «normal» angesehen wird.» Das führe dazu, das Mitarbeitende Vätern stärker helfen wollen, oft mehr, als sie es bei Frauen in Führungspositionen tun würden. Solche Dynamiken am Arbeitsplatz seien mächtig, erklärt Gloor. Und oft unbewusst: «Obwohl wir helfen, weil wir helfen wollen, wird unser Unterstützungsverhalten durch tiefverankerte Erwartungen gegenüber Männern und Frauen geprägt.» Das bewirkt für Väter einen Vorteil, der weit über Karriere und Lohn hinausgeht. Diese Dynamik kann aber auch eine Chance sein, die Akzeptanz der Vaterrolle zu fördern.

## work1x1 der wirtschaft

Reto Wyss



## ENDLICH STROM IN MEINER LIEBLINGSFARBE!

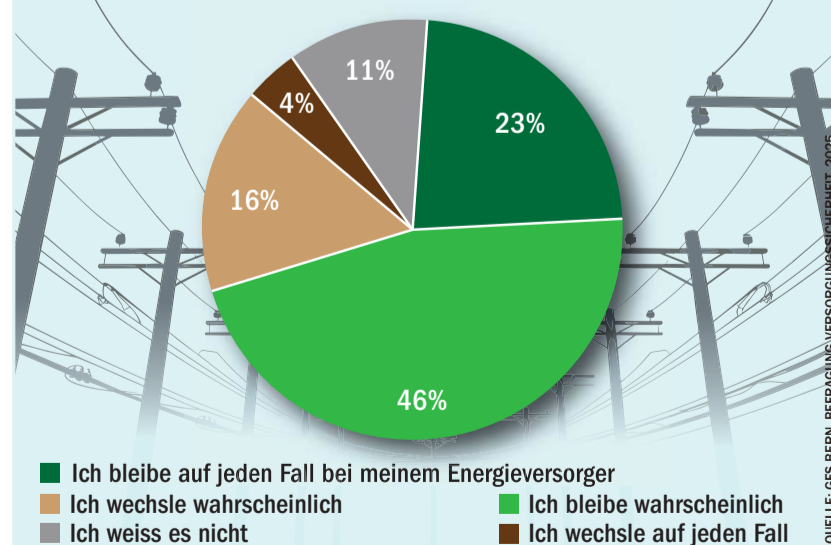
Von den Krankenkassen kennen wir das: Jedes Jahr werden die Versicherten nach der Prämienbekanntgabe mit teuren Werbekampagnen zum Wechseln animiert. Werbung für ein neues oder besseres Produkt könnte man ja noch verstehen. Aber das «Produkt» der Kassen ist im Kern überall exakt das gleiche: der gesetzlich festgelegte Leistungskatalog. Entsprechend dreht sich die Werbung auch nicht um das Produkt, sondern etwa darum, bei welcher Kasse der Mensch wirklich am meisten im Zentrum steht.

**KARUSSELL.** Noch viel uniformer als der KVG-Leistungskatalog ist Strom: es ist elektrische Wechselspannung, die zu 230 Volt aus der Steckdose kommt. Ohne Farbe, ohne Geruch, ohne Geschmack. Ein im Konsum äusserst banales Produkt also. Doch nun soll beim Strom exakt jenes Wechselkarussell eingerichtet werden, das wir schon von den Krankenkassen kennen: Mit der vollständigen Marktöffnung im Rahmen des mit der EU ausgehandelten Strom-

marktabkommens sollen Kleinkundinnen und -kunden zunächst jedes Jahr und irgendwann sogar alle 24 Stunden den Stromanbieter wechseln können. Klingt verlockend? Nicht wirklich. Die meisten Leute werden wohl dringlichere Alltags-sorgen haben als die Frage, ob das Logo ihres Stromanbieters nun blau oder gelb sein soll. Was hingegen ziemlich vielen spätestens seit der «Stromkrise» vor drei Jahren wichtig sein dürfte, ist, dass der Strom stets zu fairen und stabilen Preisen aus der Steckdose kommt.

**BLAUÄUGIG.** Doch genau das entscheidet sich nicht auf der Verbrauchs-, sondern auf der Produktions- und Regulierungsseite: Wie stellen wir sicher, dass die Schweiz die Energiewende hin zu Nettonull 2050 möglichst bald und für alle bezahlbar hinkriegt? Zum Beispiel mit einer öffentlichen Investitionsoffensive, mit einem beschleunigten Netzausbau, mit regulierten und gegen grosse Schwankungen abgesicherten Preisen. Sprich: mit einem star-

### Umfrage zur Wechselbereitschaft in der Energieversorgung



ken und agilen Service public im Strombereich. Und ja: Dafür gibt es heute viel Verbesserungspotential. Zu meinen, diese Verbesserungen ergäben sich aber automatisch über eine durch die Marktöffnung herbeigeführte «Flurbereinigung», ist aber

mehr als blauäugig. Und ziemlich altmodisch: siehe die Vielzahl der gescheiterten Beispiele der Vergangenheit im In- und Ausland.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Bruno Cannellotto ist mit 88 Jahren gestorben. 2014 sprach er in der work-Broschüre «Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder» über seine Erfahrungen als Saisonnier.

# «Das war Gewalt gegen Tausende von Menschen»

**SVP-Chaos-Initiative: NEIN!**

**Mitten im Abstimmungskampf gegen die fremdenfeindliche SVP-Initiative ist Bruno Cannellotto gestorben. Er war ein wichtiger Zeitzeuge des brutalen Saisonnierstatus.**

MARCO GEISSBÜHLER

**work: Wie sind Sie als Saisonnier in die Schweiz gekommen?**

**Bruno Cannellotto:** Das war 1957. Ich war 18jährig. Eigentlich wollte ich die Kunstschule machen. Als mein Vater starb, starb mit ihm auch dieser Traum. Ich musste arbeiten, um meine Familie zu ernähren. Bei uns im Dorf in der Nähe von Triest im Friaul gab es nur Bauern und Maurer. Wer kein Land hatte, wurde Maurer. So bin ich auf dem Bau gelandet. Den Job zu erhalten war kein Problem. Die Grenzkontrolle war eine andere Geschichte. Das war Gewalt gegen Tausende von Menschen.

**Gewalt?**

Die Grenzpolizei hat uns eine Nacht lang am Bahnhof von Chiasso festgehalten. Und am Morgen mussten wir alle durch eine medizinische Musterung. Das war reine Schikane. Dann, in der Firma, haben unsere Chefs die Saisonbewilligung und den Reisepass konfisziert und an die Gemeinde geschickt.

**Sie haben Ihnen alle Papiere abgenommen? War das legal?**

Nein, das war es eigentlich nicht. Sie haben es trotzdem getan. Unsere Pässe haben wir erst zurückerhalten, nachdem wir Ende Saison auf der Gemeindeverwaltung unsere Steuern bezahlt hatten. Besonders schlimm, wenn

**Die Chefs hatten die totale Kontrolle.**

während der Saison zu Hause eine Mutter oder ein Kind starb. Der Saisonnier musste sofort abreisen, damit er rechtzeitig zur Beerdigung kam. Wenn dann die Gemeindeverwaltung geschlossen hatte... Viele gingen das Risiko ein und fuhren ohne Pass über die Grenze. Im Alltag hiess es «schaffe, schaffe, schaffe». Auch am Samstag, fünfzig Stunden in der Woche auf der Baustelle. Ausserdem unbezahlte Überstunden am Sonntag.

**Wie lange dauerte eine Saison?**

Die Saison fing am 1. März an und ging bis Ende November. Nach diesen neun Monaten blieben dir zwei, maximal drei Tage, um auszureisen.

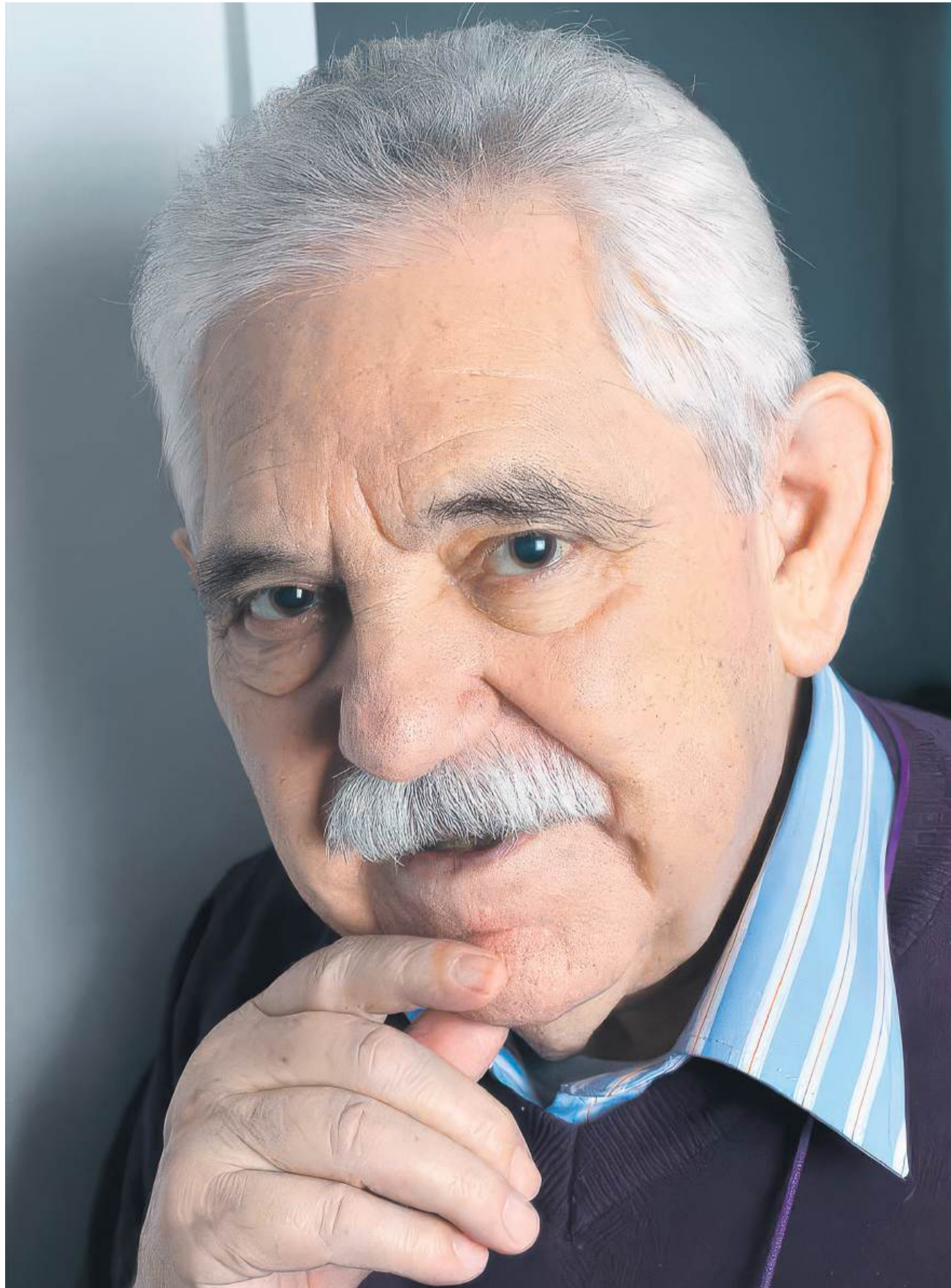
**Wussten Sie zu dem Zeitpunkt, ob Sie im folgenden Jahr wieder kommen können?**

## DIE BROSCHÜRE



Auf 48 Seiten dokumentiert und analysiert work die Zeit des Saisonnierstatus und seine Folgen für die Zuwanderungspolitik der Schweiz. Hier

herunterladen: [rebrand.ly/baracken](http://rebrand.ly/baracken).



**ENGAGIERTER GEWERKSCHAFTER: Bruno Cannellotto setzte sich bis zu seinem Tod für eine offene und solidarische Schweiz ein.** FOTO: PETER MOSIMANN

Nein, wir hatten immer alles eingepackt, als wir abreisten. Erst etwa drei Wochen vor der nächsten Saison hast du den neuen Vertrag bekommen. Und wenn nicht... Diese Unsicherheit war belastend. Und sie gab den Chefs eine totale Kontrolle über die Saisonniers. Darum wehrte sich keiner gegen die tiefen Löhne, die unbezahlten Überstunden und die harten Lebensbedingungen. Erst mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung bekamst du ein wenig Sicherheit.

**Wie kamen Sie an eine Jahresaufenthaltsbewilligung?**

Nach 45 Monaten als Saisonnier in der Schweiz konnte man sie beantragen. Also nach fünf Jahren.

**Sie selbst haben die Bewilligung aber erst nach neun Jahren erhalten. Weshalb?**

Die Bewilligung bekamst du erst, wenn du alle Saisons komplett hattest.

Fehlte in einer Saison nur ein einziger Tag, musstest du wieder bei null anfangen. Davon wusste ich nichts. Wegen einer dreimonatigen Weiterbildung in Italien bin ich im vierten Jahr ein paar Tage zu spät in die Schweiz eingereist.

**Eine harte Strafe für ein kleines Missgeschick.**

Ja, bei mir war es tatsächlich ein Missgeschick. Aber bei vielen anderen haben die Chefs das ausgenutzt: Wenn der Luigi, der Antonio oder der José gute Arbeiter waren, haben sie alles getan, damit die Betroffenen keine Aufenthaltsbewilligung bekamen. Denn mit der Bewilligung hattest du die Freiheit, woanders arbeiten zu gehen. Zum Beispiel einen Job in der Fabrik zu suchen. Darum haben die Chefs die neuen Verträge jeweils so kurzfristig geschickt. Oder die Leute kurz vor Ende der Saison entlassen.

**Wie hat man damals auf Schweizer Baustellen gearbeitet?**

Wir haben Material benutzt, das in Italien längst als veraltet galt. Die Buden haben nie in Maschinen investiert. Denn die ausländischen Arbeitskräfte waren so billig... Viele Zehntausend Arbeiter haben sie in die Schweiz geholt. Alleine aus meinem Dorf mit 2000 Einwohnern arbeiteten 150 Leute in der Schweiz.

**Und all die Saisonniers kamen immer auf Anfang Saison in die Schweiz?**

Ja, 130 000 Italienerinnen und Italiener mussten in wenigen Tagen einreisen. Das war alles perfekt von A bis Z durchorganisiert. Nur für die Menschen, die kamen, war nichts vorgesehen.

**Es gab Baracken?**

Ja, sie haben schnell, schnell Baracken aufgestellt. Vier Leute in einem Zimmer, viel zu wenige Duschen und WC.

**Bruno Cannellotto (1938 – 2026)**

Bruno Cannellotto wuchs in einem kleinen Dorf in der Nähe von Triest in der italienischen Region Friaul auf. 1957 kam er erstmals als Saisonnier in die Schweiz. Bereits in Italien engagierte er sich für die Kommunistische Partei.

**GEWERKSCHAFT.** Auch in der Schweiz blieb Cannellotto politisch aktiv. Er trat 1970 der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) bei, einer Vorgängerin der Unia. Noch im selben Jahr bot ihm die GBH eine Stelle als Gewerkschaftssekretär an. Er sollte helfen, die italienischen Fremdarbeiter zu organisieren. Er sagte zu und trug zur Öffnung der Gewerkschaften gegenüber Migrantinnen und Migranten bei.

Die Firmen bauten ihre Baracken am Stadtrand, damit die Arbeiter die Leute in der Stadt nicht störten. Und weil sie dort weniger bezahlen mussten für den Boden. In Zürich stand ein grosses Barackendorf am Leutschenbach, in der Nähe der heutigen Fernsehstudios. Die Arbeiter mussten jeden Morgen zwei Kilometer gehen, bis sie an die erste Tramhaltestelle beim Bahnhof Oerlikon kamen.

**Und ganze Familien lebten in diesen Baracken?**

Nein, nur die Bauarbeiter. Die Saisonniers durften ihre Familien nicht mitnehmen. Ehefrauen konnten sich als Ledige ausgeben und unter ihrem Mädchennamen einreisen, wenn sie eine eigene Saisonnierstelle hatten.

**Was passierte mit den Kindern?**

Wer die Kinder nicht bei den Grosseltern lassen konnte, parkierte sie in religiösen Internaten oder Klöstern in der Nähe der Grenze. Zum Beispiel in Varese. Die Nonnen dort haben in jenen Jahren ein gutes Geschäft gemacht. Andere mussten ihre Kinder mitnehmen und versteckten sie hier. Es gab Kinder, die jahrelang die Wohnung nicht verlassen konnten. Die nie in die Schule gehen durften. Nie die Sonne sahen.

**«Gastarbeiterinnen» nannte man sie in der Schweiz.**

Es war nicht erwünscht, dass wir ein Teil der Gesellschaft wurden. In der Arbeitswelt schon. Dort konnten wir uns integrieren. Ausserhalb nicht. Viele aus meiner Generation können alles, was es auf dem Bau gibt, perfekt auf deutsch benennen. Aber in der Apotheke oder wenn sie ihre Kinder in die Schule begleiten mussten, fehlten ihnen die Worte.

**1963 hat die Schweiz Kontingente für Ausländer eingeführt. Was war die Wirkung?**

Die Kontingentierung hat nichts gebracht. Als Gewerkschaftssekretär sass ich in den 1970er Jahren in der zuständigen Aufteilungskommission. Wir waren zwei Gewerkschafter und zwei Unternehmer. Wir teilten den Baufirmen die Bewilligungen zu. Die Firmen haben immer das Maximum verlangt. Hatte eine Firma zu wenig Arbeiter, stellte sie einfach über eine andere Firma, die ihr Kontingent noch nicht ausgeschöpft hatte, Leute ein. Wir in der Kommission hatten keine Mittel, das zu kontrollieren oder zu verhindern.



**Das offene Ohr**

**Sarah Haider**  
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Vater braucht Hilfe: Bekomme ich frei?

Mein Vater lebt allein, ist gestürzt und braucht nun für einige Tage Unterstützung. Mein Arbeitgeber verweigert mir jedoch einen bezahlten Urlaub mit der Begründung, dies sei im Arbeitsvertrag nicht vorgesehen. Hat er recht?

**SARAH HAIDER:** Nein, Ihr Arbeitgeber liegt falsch. Seit dem 1. Januar 2021 verankert Art. 329h des Obligationenrechts (OR) einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlten Urlaub für die Betreuung von Familienangehörigen oder Lebenspartnerinnen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Dieses Recht gilt zwingend und unabhängig von den vertraglichen Regelungen: Ihr Arbeitgeber kann es weder ausschliessen noch zu Ihrem Nachteil abändern. Ihr Vater gehört als Verwandter in aufsteigender Linie direkt zum geschützten Personenkreis. Dieser umfasst neben Eltern und Kindern auch Geschwister, Ehegatten, eingetragene Partnerinnen, Schwiegereltern sowie Lebenspartner (so-



**GESETZLICH VERANKERT: Brauchen Angehörige unsere Hilfe, erhalten wir dafür Freitage.** FOTO: ADOBE STOCK

fern sie seit mindestens fünf Jahren im gemeinsamen Haushalt leben). Zunächst muss eine gesundheitliche Beeinträchtigung vorliegen, was nach einem Sturz mit Verletzungen gegeben ist. Ausserdem muss die Betreuung notwendig sein, das heisst, es darf keine zumutbare Alternative wie andere Angehörige oder eine professionelle Pflegeperson sofort verfügbar sein. Der Umstand, dass Ihr Vater allein lebt, spricht für die Notwendigkeit Ihres Beistands. Der Urlaub beträgt maximal drei Tage pro Ereignis und ist auf insgesamt zehn Tage pro Dienstjahr begrenzt. Während dieser Zeit haben Sie Anspruch auf die volle Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber.

## Vertrag läuft aus: Was steht mir zu?

Ich arbeite seit drei Jahren für dasselbe Unternehmen, jedoch immer auf der Basis von aufeinanderfolgenden, jeweils auf sechs Monate befristeten Verträgen. Mein Arbeitgeber hat mir nun mitgeteilt, dass mein aktueller Vertrag nicht verlängert werde. Habe ich trotzdem Anspruch auf eine Kündigungsfrist?

**SARAH HAIDER:** Sehr wahrscheinlich ja. Das Schweizer Recht sieht zwar keine gesetzliche Obergrenze der Anzahl aufeinanderfolgender befristeter Verträge beim gleichen Arbeitgeber vor, aber das Bundesgericht hat klare Grenzen gesetzt, um Missbräuche zu verhindern. Man spricht in diesem Fall von sogenannten Kettenarbeitsverträgen. Wenn der Arbeitgeber befristete Verträge aneinanderreicht, um die gesetzlichen Schutzbestimmungen bei einer Kündigung zu umgehen, ist die Befristungsklausel unwirksam. Das Arbeitsverhältnis wird in einem solchen Fall rechtlich als ein einziger, unbefristeter Vertrag behandelt. Die Missbräuchlichkeit beurteilt sich nicht allein nach der Anzahl der Verlängerungen oder der Gesamtdauer des Arbeitsverhältnisses. Entscheidend ist, ob ein sachlicher Grund für die wiederholte Befristung vorliegt. Fehlt ein solcher Grund, wird das Verhältnis als unbefristeter Vertrag eingestuft mit der Folge, dass die ordentlichen Kündigungsfristen und der Kündigungsschutz zur Anwendung kommen. In Ihrem Fall sprechen gewichtige Indizien für einen unzulässigen Kettenarbeitsvertrag. Es empfiehlt sich, dass Sie Ihre Gewerkschaft konsultieren.

Vulven töpfern in Wabern, still demonstrieren in Zürich, singen in Zug

# Feministischer Streik: Was

**Schlechte Arbeitsbedingungen und tiefe Löhne in sogenannten Frauenberufen sowie die Chaosinitiative der SVP: Es gibt genug Gründe, um am 14. Juni auf die Strasse zu gehen. work zeigt Ihnen, was in Ihrer Region läuft.**

MARIA KÜNZLI

Dieses Jahr fällt das Datum des feministischen Streiks auf einen Sonntag – gestreikt wird trotzdem! Mit verschiedenen Aktionen und in vielen Städten machen Aktivistinnen, Kollektive und Gewerkschaften auf die Anliegen der Frauen und FLINTA-Personen aufmerksam.

**BERN.** In der Bundesstadt wird der feministische Streik dieses Jahr etwas anders begangen als in den Vorjahren. Statt einer grossen Demo in der Innenstadt sind verschiedene dezentrale Aktionen geplant, im Sinne eines «feministischen Festivals», wie es auf der Website heisst. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass «Feminismus überall ist und nicht nur in einem komprimierten Bereich wie zum Beispiel einem Demozug». So findet etwa am 12. und 13. Juni im Atréyleu in Wabern ein Vulven-Töpfertag statt. Wer gerne ein Plakat basteln möchte, kann dies am 13. Juni im Drahtesel Liebefeld tun. Am Streiktag selbst schliesslich ist die Auswahl gross: Von einem feministischen Zmorge oder Brunch über Yoga und Basteln bis hin zu einer feministischen Leseecke und einem Frauenabend im Wald wird alles angeboten. Und auch ohne Umzug wird es laut: Von 15 bis 20 Uhr sind auf dem Bundesplatz verschiedene Reden, Musik und ein feministisches Rahmenprogramm geplant. [feministischer-streik-bern.ch](#)

**LUZERN.** «Wer wegschaut, macht mit. Verantwortung tragen, jetzt!» lautet das Motto des feministischen Streiks in Luzern. Bereits am 12. Juni beginnt das «Verglü-

### WORKTIPP

### ZENTRAL INFORMIERT

Auf der nationalen Streikwebsite [www.14juni.ch](#) finden Sie eine Übersicht über alle geplanten Aktionen in der Schweiz sowie die offiziellen Forderungen und ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen rund um den feministischen Streik. Wer an keiner Aktion teilnehmen kann oder will, kann sich trotzdem solidarisch zeigen und den 14. Juni mit einer Spende unterstützen oder den offiziellen Streik-Pin sowie ein Streik-T-Shirt erwerben. (mk)

hen» für den grossen Tag: Das «Warm-up» mit Lesung, einem Soli-Znacht, Musikquiz und Party findet im Treibhaus Luzern statt. Am Sonntag starten Interessierte um 13 Uhr im Vögelgärtli. Hier gibt es verschiedene Stände, Reden, ein Kinderprogramm sowie Kaffee und Kuchen. Ab 15.30 Uhr versammeln sich hier die Demonstrierenden für die grosse Kundgebung. Im Pavillon am Quai Luzern

**FRAUEN AUF DIE STRASSE: Am 14. Juni – und die Tage davor – ist wieder einiges los**

können alle den Tag bei Musik und Essen ausklingen lassen. [frauenstreikluzern.ch](#)

**ZÜRICH.** Das feministische Streikkollektiv Zürich organisiert sich dieses Jahr unter dem Motto «Pflege, Sorge, Hausarbeit – das ist unbezahlte Arbeitszeit!». Das Programm beginnt um 13 Uhr beim Kasernenareal/Zeughausareal mit Ständen, einem Kindertheater, verschiedenen Workshops, Vermittlungsmöglichkeiten und einer alkoholfreien Bar. Um 13.30 Uhr beginnt das offizielle Programm auf der Hauptbühne mit einer Eröffnungsrede und anschliessend dem Quiz zum Thema unbezahlte Care-Arbeit. Wer gerne am feministischen Streik teilnehmen möchte, aber Lautstärke nicht verträgt oder schnell reizüberflutet ist, kann sich dem Silent Block anschliessen. Dort wird leise demonstriert, ohne Musikanlagen, ohne Böller und mit Ohrstöpseln. Interessierte treffen sich um 16.45 Uhr

beim Kino Xenix. Von da geht der Silent Block gemeinsam zur Demo. [feministischerstreikzuerich.ch/](#)

**BASEL.** Auch Basel ist wütend: über geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung, über ungleiche Löhne für gleiche Leistung und über unsichtbare und unbezahlte Care-Arbeit. Der feministische Streik beginnt um 13 Uhr auf dem Petersplatz, die Redebeiträge sind ab 13.30 Uhr geplant, der Umzug ist auf 15 Uhr angesetzt. Wer aus Liestal oder Umgebung anreist, kann sich am 12. Juni an der FLINTA-Party im Hilfzig oder am 14. Juni um 11 Uhr mit dem feministischen Brunch in Liestal einstimmen. Nach dem Brunch folgt die gemeinsame Reise nach Basel. [feministischer-streik-basel.ch](#)

**ZUG.** «Wir fordern feministische Politik, wir wollen nicht nochmals 30 Jahre auf Gleichstellung warten!» heisst es ab 14 Uhr

und eine Ruhe-Oase in St. Gallen

# läuft am 14. Juni?



in der Schweiz. FOTO: WWW.14JUNI.CH/

startet um 13 Uhr auf dem Oberen Postplatz mit gemeinsamem Singen. Dann beginnt die Demo mit verschiedenen Reden. [frauenstreikzug.ch](#)

**ST. GALLEN.** Auch in St. Gallen wird es laut, wütend und bunt. «Von der Wirtschaft über die Politik bis ins Privatleben: Unsere patriarchal geprägte Gesellschaft benachteiligt noch immer Frauen, Lesben, intersexuelle, nichtbinäre, trans, agender und genderqueere Personen (FLINTAQ)», heisst es auf der Website des Streikkollektivs. Die Aktionen beginnen am 13. Juni: Da gibt es auf dem «Bar\*innenplatz» einen Raum für Erholung, denn: «Wir sind erschöpft!». Die Ruhe-Oase soll ein Zeichen setzen gegen die vielen Stunden Care-Arbeit und die dauerhafte Mehrfachbelastung, unter der viele Frauen leiden. Am Abend stimmen ein feministisches Soliquiz (Anmeldung nötig) und eine Party auf den folgenden Tag ein. Am 14. Juni wird es ab 14 Uhr

mit Reden und einer Kundgebung im Stadtpark laut. [feministischerstreik-sg.ch](#)

**BIEL.** In Biel lädt unter anderem der Frauenplatz Biel zum feministischen Streik auf dem Walseerplatz ein. Die Demonstration beginnt um 14 Uhr, doch schon ab 13 Uhr findet ein gemeinsames Einstimmen statt. Bis 20 Uhr sind Reden geplant, es gibt Infostände, Essen, Musik und Aufführungen. [frauenplatz-biel.ch](#)

**AARAU.** Was ist eigentlich genau Care-Arbeit? Das will das feministische Streikkollektiv Aargau am 13. Juni mit dem Care-Markt (ab 13 Uhr, Markthalle Aarau) aufzeigen: Neben Austausch und Vernetzung soll der Care-Markt auch Raum schaffen, um gemeinsam Forderungen für den grossen nationalen Care-Streik 2027 zu formulieren und Schilder für die Demo vom 14. Juni zu gestalten. [feministischerstreikaargau.ch](#)

### DIE UNIA UNTERWEGS

## WO SIE UNS FINDEN

Natürlich ist auch die Unia am 14. Juni in der ganzen Schweiz präsent. Zum Beispiel hier:

**Basel:** Redebeiträge ab 13.30 Uhr, Demo-Beginn um 15 Uhr, Petersplatz.

**Bern:** Es gibt einen Unia-Stand auf dem Waisenhausplatz (ab 15 Uhr), kommen Sie vorbei!

**Biel:** Demonstration und Fest ab 15 Uhr, Besammlung auf dem Neumarktplatz. Film, Essen und Diskussion zum Thema Care-Arbeit um 12 Uhr im Haus pour Bienne, Kontrollstrasse 22.

**Naters VS:** Ab 18 Uhr treffen sich FLINTA und solidarische Menschen im Restaurant Zuckerpappa. Alle Interessierten sind willkommen.

**Winterthur:** Die Demo findet ab 17 Uhr am Neumarkt statt. Wer mit den Unia-Frauen und solidarischen Männern mitlaufen möchte, kann sich vorgängig bei Besjana Shala ([besjana.shala@unia.ch](#)) oder am Streiktag direkt beim Unia-Stand melden.

**Zürich:** Die Unia ist am Care-Markt vor der Demo (13–17 Uhr, Kasernenareal/Zeughausareal) mit einem Stand präsent. Gemeinsam werden Fächer bemalt. Wer mit den Unia-Frauen mitlaufen möchte, meldet sich direkt beim Stand. Die Demo startet um 17.30 Uhr am Bürkliplatz. (mk)

Mehr Infos: [rebrand.ly/unia-frauenstreik](#)

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**WO HABE ICH DAS ABGESPEICHERT? Wir haben die richtigen Tipps parat.** FOTO: ISTOCK

## Hilfreich: So finden Sie verschollene Dateien

Es kann leicht passieren, dass man nicht mehr weiss, wo eine bestimmte Datei auf dem Computer abgespeichert ist. Aber Sie erinnern sich vielleicht an einen Teil des Dateinamens oder an eine Formulierung im Text. Mit solchen Hinweisen und den dazu passenden Stichwörtern lässt sich der Computer nach vermissten Dateien erfolgreich durchsuchen.

**WINDOWS.** In Windows 11 geben Sie den Suchbegriff im geöffneten Ordner direkt in die Suchleiste oben rechts ein. Vor der Suche können Sie unter «Filter» eingrenzen: etwa auf Word-Dokumente oder Bilder. Unter «Sortieren» lassen sich die Treffer unter anderem nach Art, Name und Datum anordnen.

**MAC.** Beim Mac klicken Sie im geöffneten Ordner oben rechts auf die Lupe und geben den Suchbegriff ein. So erhalten Sie eine Liste, die nach Art der Datei sortiert ist. Wollen Sie die Ergebnisse filtern, müssen Sie nach dem Suchlauf aufs Pluszeichen unter «Sichern» klicken.

Das sind die drei wichtigsten Suchfilter für Mac und PC: **Art:** Sucht bestimmte Dateitypen wie Bild, Film, PDF oder E-Mail. **Name:** Sucht nur in den Dateinamen, nicht im Inhalt des Dokuments. Bei Windows müssen Sie «NAME: Kündigung» ins Suchfenster schreiben. Auf Mac können Sie in der Suchleiste wählen, ob der Name mit dem Begriff beginnt oder ihn nur enthält. **Datum:** Sucht unter Windows Dokumente, die zum Beispiel «letzte Woche», «letzten Monat» oder in einem bestimmten Jahr erstellt wurden. Auf dem Mac können Sie den Zeitraum eingrenzen.

Reihen Sie mehrere Suchbegriffe hintereinander, erhalten Sie Dateien aufgelistet, die alle Begriffe enthalten. Schreiben Sie in Grossbuchstaben ODER dazwischen, erscheinen alle Dateien, die mindestens einen Begriff enthalten. THOMAS SCHWENDENER

## Damit stimmen Sie sich von zu Hause aus auf den feministischen Streiktag ein

# Filme über Selbstbestimmung und Frauenrechte



**WHAT THE F...: Ein unterhaltsamer Dokumentarfilm über Feminismus und was Männer damit zu tun haben.** FOTO: KINOCAMECH

**work stellt fünf Filme vor, die auf ganz unterschiedliche Weise Frauenrechte und Feminismus thematisieren. Mal sachlich, mal wütend, mal animiert.**

MARIA KÜNZLI

**DIE GÖTTLICHE ORDNUNG.** Während in Deutschland und Österreich das Frauenstimm- und -wahlrecht kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eingeführt wurde, mussten die Schweizer Frauen bis 1971 warten. Der erfolgreichen Abstimmung gingen unzählige Kämpfe, Diskussionen, Kundgebungen und in der Versenkung verschwundene Petitionen voraus. Fragen wie «Haben Frauen überhaupt die geistigen Fähigkeiten, um abzustimmen?», «Wer kümmert sich dann um

die Kinder?» wurden ernsthaft diskutiert. Der Schweizer Film «Die göttliche Ordnung» (2017) zeigt den Weg zur erfolgreichen Abstimmung auf. [rebrand.ly/trailer-goettlicheordnung](#)

**SHE SAID.** 2017 veröffentlichte die «New York Times» eine Reportage, die bis heute nachwirkt. Es ging um jahrzehntelangen sexuellen Missbrauch von Frauen in Hollywood. Im Zentrum: Harvey Weinstein. Der Film «She Said» (2022) zeichnet feinfühlig und unaufgeregt die Arbeit der beiden Journalistinnen Megan Twohey und Jodi Kantor nach: die Recherchen, die Widerstände, die Hartnäckigkeit und den Mut, den es brauchte, um den betroffenen Frauen eine Stimme zu geben und das Schweigen zu

brechen. Die Journalistinnen läuteten mit ihrer Arbeit die #MeToo-Bewegung aus. [rebrand.ly/trailer-shesaid](#)

**PERSEPOLIS.** Der Film von 2007 basiert auf den erfolgreichen Comics von Marjane Satrapi, die kürzlich im Alter von 56 Jahren verstorben ist. In den

### Haben Frauen die geistigen Fähigkeiten, um abzustimmen?

Comics erzählte die französische-iranische Künstlerin, wie sie 1979 die islamische Revolution im Iran erlebt hatte, und zeichnete ihren Weg ins Exil nach, zwischen religiösem Fundamentalismus und Entwurzelung, zwischen Tradition und

Selbstbestimmung. Die Graphic Novels wie auch der Film sind in Schwarzweiss gehalten, und auch wer Animiertes normalerweise nicht mag, wird sofort in den Bann gezogen. [rebrand.ly/trailer-persepolis](#)

**FEMINISM WTF** Was ist Feminismus, warum wird er immer wieder in Frage gestellt, und was haben Männer damit zu tun? Mit solchen Fragen setzt sich der österreichische Dokumentarfilm (2023) auseinander. Es ist eine unterhaltsame Lehrstunde über Gender-Equality und darüber, welche Themen unter dem Oberbegriff Feminismus verhandelt werden. Gender- und Queerforscherinnen, Soziologinnen und Philosophinnen kommen zu Wort und bringen spannende Perspekti-

ven zu Themen wie Care-Arbeit, Körperwahrnehmung und Kapitalismus ein. [rebrand.ly/trailer-feminismwtf](#)

**GIRLS & GODS.** Sind Kirchen an sich frauenfeindlich, oder liegt es an der männlichen Auslegung heiliger Schriften? Dieser Frage geht der schweizerisch-österreichische Dokumentarfilm (2025) nach. Im Zentrum steht Inna Schewtschenko, Mitbegründerin der «Femen»-Bewegung. Der Film begleitet sie auf einer Reise durch Europa und die USA, auf der sie zum Beispiel exkommunizierte katholische Frauenpriesterinnen trifft, eine Gemeinschaft von Ex-Muslimas, feministische Kopftuchbefürworterinnen und Abtreibungsgegnerinnen. [rebrand.ly/trailer-girlsandgods](#)

### BUCHTIPP LESEN, JETZT!

Was ist Rape-Culture? Was ist mit Victim-Blaming gemeint? Und was hat das patriarchale System damit zu tun? Agota Lavoyer, Schweizer Autorin und Expertin für sexualisierte Gewalt, klärt in ihrem 2024 erschienenen Buch «Jede Frau. Über eine Gesellschaft, die sexualisierte Gewalt verharmlost und normalisiert» über Begriffe und Mythen auf und stellt klar: Jede Frau wird mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Das Buch ist harte Kost, rüttelt auf und macht wütend – und sollte von jeder und jedem und immer wieder gelesen werden. (mk)

## Die wichtigsten Anlaufstellen Hilfe für Betroffene

**Belästigt am Arbeitsplatz? Beim Lohn benachteiligt oder aufgrund der sexuellen Orientierung diskriminiert? work stellt Beratungs- und Anlaufstellen für Betroffene vor.**

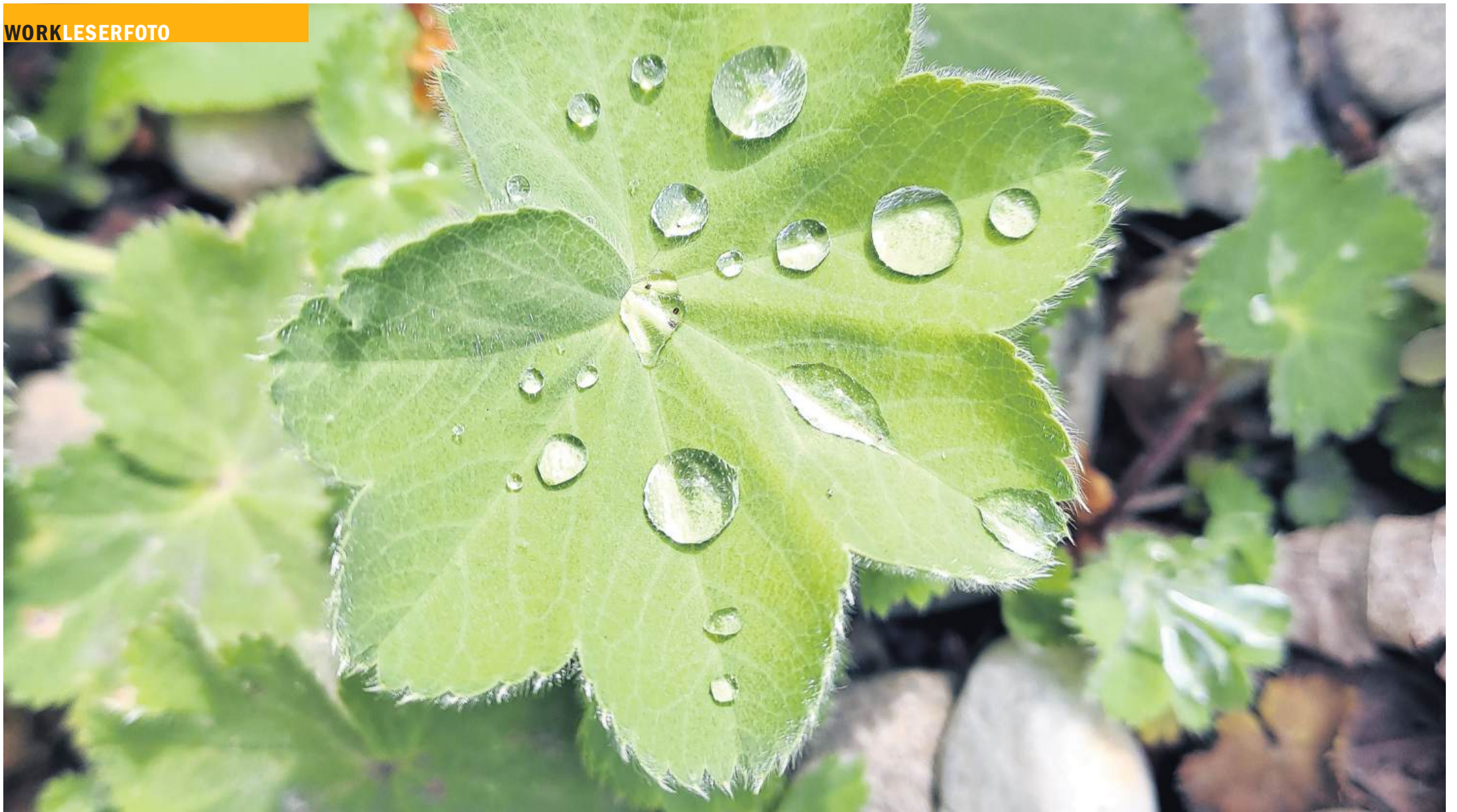
Möchten Sie sich zum Thema Lohnungleichheit, Lohndiskriminierung oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beraten lassen? Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft (Kontakt Unia: [rebrand.ly/unia-kontakt](#)) oder an den zuständigen Personalverband. Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung ([rebrand.ly/fachstelle-gleichstellung](#)) bieten kostenlose Beratung an und können Sie je nach Thema auch mit weiteren Beratungsstellen verbinden. Wurden Sie Opfer von sexueller Belästi-

gung am Arbeitsplatz? Vertrauliche und schnelle Hilfe bietet zum Beispiel die Plattform [www.belaestigt.ch](#). Die Onlineberatungen sind in neun Sprachen verfügbar. Hilfreich: Die Website bietet eine nicht abschliessende Liste mit Fallbeispielen, was als sexuelle Belästigung gilt, sowie Adressen von kantonalen Anlaufstellen.

**QUEER-HELPLINE.** Viele Menschen, die sich am Arbeitsplatz als queer unter, erfahren Ablehnung, Benachteiligung oder Diskriminierung. Betroffene finden bei der LGBTQ-Helpline ([www.lgbtq-helpline.ch](#)) viele Informationen, Tipps und können sich von queeren Personen kostenlos beraten lassen, telefonisch, per Chat oder Mail. (mk)



**WORKLESERFOTO**



**Die Natur hat angerichtet**

WANN 3. Juni 2026  
 WO Burgdorf BE  
 WAS Regenperlen in der Nahaufnahme  
 Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORKZEITUNG.CH / 7.5.2026:**  
 «WIR SIND NICHT DIE PARTEI DER ARBEITNEHMENDEN»

**Nur Marketing**

Haben Sie sich nicht auch schon einmal gefragt, wessen Volkspartei die SVP ist? Jedenfalls nicht die Partei des Durchschnittsbürgers und niemals der arbeitenden Klasse. Trotzdem schafft sie es laufend, diese Klientel hinter sich zu wissen. Sie schafft es immer wieder, Durchschnittsbürger hinter sich zu scharen, obwohl sie für genau diese Gruppe nichts, aber auch gar nichts tut. Die SVP muss immensen Zugriff auf Marketingleute haben, die gegen Geld alle ihre Anliegen konsumtionsfertig unter die Leute bringen können. Genau das kann diese Partei.

ELIO MARAZZI, VIA WORKZEITUNG.CH

**Spalterpartei**

Das weiss ich schon lange. Leider wissen das viele Arbeiter nicht und wählen diese Hetz- und Spalterpartei auch noch.

OLDSTYLE FZ, VIA INSTAGRAM

**WORKZEITUNG.CH / 27.5.2026:**  
 DIE DÜMMSTEN ARGUMENTE DER RECHTEN IN DER PFLEGE-DEBATTE

**Das ist eine Frechheit**

Ich bin von Christian Lohr (Fraktionssprecher der Mitte, die Red.) enttäuscht. Er ist regelmässig bei uns in der Berufsschule und erzählt den angehenden Pflegefachleuten von seinem Schicksal und wie wichtig ihm die Pflege ist. Dann so etwas zu hören ist eine Frechheit. Der muss mir nicht mehr unter die Augen kommen.

MARCUS AURELIUS CORVUS, VIA INSTAGRAM

**Wer es sich leisten kann**

Herr Lohr fischt Wählerstimmen bei Kranken und Personen mit Einschränkungen, tut dann aber nichts für die Menschen, die eben diese pflegen. Er selbst hat bestimmt die finanziellen Möglichkeiten, sich private Pflege zu leisten.

LUCA\_1970, VIA INSTAGRAM

**Der ist eine Zumutung**

Nationalrat Andreas Glarner ist nicht nur eine Zumutung für die Schweiz, sondern auch für die SVP! Oder nicht? Wenn nicht: Dann weiss man, wofür die SVP wirklich steht.

CLAUDIO SCHWENDENER, VIA INSTAGRAM

**Vertrauen geht verloren**

Vom Volk angenommene Initiativen sind auch genau so umzusetzen – ohne Einschränkungen oder Ausbau. Sonst braucht es nämlich keine Abstimmungen mehr. Man hört zu Genüge, «dass die in Bern ja eh machen, was sie wollen». Die Politikerinnen und Politiker werden immer unglaubwürdiger und verspielen immer mehr das Vertrauen des Volkes.

MATTHIAS MESSERLI, VIA FACEBOOK

**Das stimmt nicht**

Dass dadurch die Krankenkassenkosten steigen, denke ich nicht, denn Pflege ist im Vergleich zur Spitzenmedizin günstig, und Prävention für schwerere Folgeerkrankungen kann Mehrkosten verhindern.

CAT\_ON\_WALK, VIA INSTAGRAM

**Gegenfrage**

Hatten die Rechten denn jemals schlaue Argumente?

TOBIPIX, VIA INSTAGRAM

**WORK INSTAGRAM / 26.5.2026:**  
 HEUCHLER-PARTEI SVP BLOCKIERT UND GIBT AUSLÄNDERN DIE SCHULD

**Hoffnung**

Leider erinnert diese Initiative und der Wahlkampf dafür sehr an die USA mit Trump und Deutschland vor langer Zeit. Ich hoffe, die Menschen lehnen sie eindeutig ab und zeigen, dass wir ein menschenfreundliches, nicht rassistisches Land sind und zusammenhalten. Make Switzerland Nice Again!

RAMONA BUESSER, VIA INSTAGRAM

**Wie nur?**

Und nun verkauft sich die SVP auch noch als «nachhaltig», dabei torpediert sie seit Jahrzehnten alles, was für die Natur, Ökologie, Biodiversität, für sauberes Trinkwasser und saubere Luft... wäre. Sie torpediert auch Menschen- und Tierrechte... alles für noch mehr Profite. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wie das jemand wählen kann.

NUMEJETZ, VIA INSTAGRAM

**Profiteure**

Was unternimmt die SVP aktiv gegen die Hochpreisinsel Schweiz? Rein gar nichts! Sie profitiert davon.

GABI FOX, VIA INSTAGRAM

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16





### DANIELA WITTWER IM WASSER UND IM SCHNEE

Daniela Wittwer (55) wohnt in Lommis im Kanton Thurgau und hat eine erwachsene Tochter. In ihrer Freizeit geht sie gerne in die Natur. Sie mag lange Spaziergänge als Ausgleich zu ihrer meist sitzenden Berufstätigkeit. Im Winter fährt sie Ski, am liebsten in Arosa. Oder, wenn es die Verhältnisse erlauben, am Skilift Oberwangen (764 m ü. M.) im Hinterthurgau. Diesen unterstützt sie als treue Genossenschafterin. Im Sommer zieht es Wittwer in die Badi oder an den Bodensee.

**DER LOHN.** Fernreisen gönnt sie sich auch hin und wieder. Etwa nach Thailand, Kuba, Brasilien oder den USA. Für die nahenden Betriebsferien hat Wittwer allerdings noch keine Pläne. Braucht sie auch nicht. Immer öfter entspannt sie sich nämlich einfach im Gartenpool, den sie vor ihrer Wohnung aufgestellt hat. Wittwer verdient brutto 6100 Franken und ist Mitglied der Gewerkschaft Syna.

Als Kranistin waltet **Daniela Wittwer** aus 40 Metern von oben herab – und bleibt trotzdem bodenständig

# Die Frau am längeren Hebel

**Dass sie einmal auf dem Bau landet, hätte Daniela Wittwer nie gedacht. Ein feuchtfröhlicher Abend änderte das. «Zum Glück», meint die Thurgauerin, die weder die riesige Verantwortung noch die Männerdomäne scheut.**

JONAS KOMPOSCH | FOTOS NICOLAS ZONVI

Zmittagspause auf der drückend heissen Grossbaustelle Embraport, einem riesigen Logistik-Hub in Embrach ZH: Während die Maurer und Eisenleger schon im Schatten hocken und die Metallbauer sich für eine Abkühlung im improvisierten Garten-Pool bereitmachen, ist Daniela Wittwer noch mit Klettern beschäftigt. Das ist der Nachteil am höchstgelegenen Arbeitsplatz der Baustelle, einem 40 Meter hohen Oberdreh-Kran der Marke Liebherr. Doch als Wittwer endlich wieder festen Boden unter den Füßen hat, strahlt sie: «Die Kletterei tue ich mir sonst ja nur selten an.» Runterzukommen für den Znüni lohne sich nicht, manchmal bleibe sie sogar über Mittag oben. Zwar sei sie ganz gern auch unter den Kollegen am Boden. Aber da sie kein Portugiesisch verstehe, blieben die Möglichkeiten für einen Schwatz dann doch ziemlich begrenzt. «Da geniesse ich lieber meine Ruhe in der Kabine.» Und dann die Aussicht! Phantastisch sei diese. Gebührend auskosten könne sie das eigentlich viel zu selten. Aber klar, schliesslich verlangt ihr Job stets höchste Konzentration – und das Geschehen spielt sich nun mal nicht in der Ferne ab, sondern unmittelbar unter ihr.

**SICHERHEIT GEHT VOR.** In Embrach baut Wittwers Firma, die Landolt-Gruppe aus Kleinandelfingen ZH, einen Lagerhallenkomplex. Zurzeit werden gerade die Fens-

ter montiert. Für Wittwer bedeutet das: höchste Vorsicht und feinstes Fingerspitzengefühl. Denn Glas verzieht wenig – und ist teuer. Aber auch sonst muss sie alles unter Kontrolle haben. Ist das Hubseil noch in einwandfreiem Zustand? Sind die Gerüststrahlen korrekt zusammengesetzt? Und vor allem: Hat dieser Handlanger da unten seine Armierungseisen wirklich nach Vorschrift angekettet? Also zweimal um den Bund statt nur einmal? Oder hat er das Paket sogar nur an den Verpackungsdrähten befestigt? «So was war früher gang und gäbe», sagt Wittwer. Mittlerweile habe Sicherheit klar oberste Priorität. «Nichts als richtig», findet sie. Auch wenn es aufwendig sei. Die enorme Verantwortung und die ständige Abwechslung machen Wittwer nichts aus. Im Gegenteil: «Genau das mag ich!»

**GEFRAGTE FRAU.** Eher Mühe habe sie, wenn wenig los sei. «Dann dauert es bis zum Feierabend.» Und: Bei wenig Betrieb muss Wittwer auch eher mal am Boden arbeiten, per Fernsteuerung. Das bedeutet viel Klettern, Kriechen und lange Gehdistanzen voller Stolperfallen. Nicht das Gelbe vom Ei. Im Januar hat sich Wittwer dabei prompt die Bänder gerissen. Heute ist sie froh, wieder im Einsatz zu sein. Aber nicht nur sie. Auf der Baustelle ist sie eine sehr gefragte Kollegin. Weil sie mit ihrem Lastenheber das Búezerleben massiv erleichtert. Aber auch, weil sie aus der Vogelperspektive schneller sieht, wie sich Arbeitsprozesse vereinfachen lassen. Besonders Poliere schätzen das: «Ich kann immer Ideen einbringen, etwa wo das Materialdepot hingehört oder wie der Beton am besten verteilt wird.» Das sei befriedigend. Mehr noch: «Ich habe wirklich Spass an diesem Job!» In diesen ist sie einst ziem-



**ARBEITSPLATZ IN LUFTIGER HÖHE:** Von hier aus erleichtert Daniela Wittwer das Leben der Baubúezer unter ihr. Aber was, wenn sie mal auf die Toilette muss?

lich zufällig reingerutscht – als totale Quereinsteigerin.

**OHNE RESPEKT KEIN «LUPF».** Gelernt hat die Thurgauerin nämlich Pöstlerin. Später arbeitete sie im Service. In einer Beiz führte schliesslich das eine zum andern, «zu später Stunde bei einer Flasche Rotwein», schmunzelt Wittwer. Ein befreundeter Baumeister klagte: Keiner seiner Leute habe die Kranführerprüfung bestanden. «Dann fragte er, ob nicht ich vielleicht Lust hätte.» Wittwer schlief darüber. Und merkte: Ja, sie hat! Das war 2006. Nach und nach absolvierte sie die nötigen Ausbildungen. Heute ist sie Herrin über diverse Krangattungen. A propos Herrin: Wie ist das als eine der wenigen Kranführerinnen im Bau? Für Wittwer kaum ein Thema: «Ich komme eigentlich mit allen gut aus.» Die Kollegen seien respektvoll. «Nur manchmal gibt es solche, die ein Problem damit haben, dass eine Frau am län-

geren Hebel ist.» Und dann? «Dann müssen sie anständig bleiben oder ihr Material von Hand umherschleppen.» So einfach ist das. Überhaupt muss Wittwer niemand blöd kommen. Auch nicht mit luschigen Deals. Gewisse Capos stecken Kranführern nämlich lieber ein Nötli zu, statt den Auftrag anzumelden und offiziell abzurechnen. Für Wittwer ein No-Go: «Ich lasse mich nicht bestechen.» Auch sonst muss sie manchmal Kontra geben. «Manche glauben, ich mache Gratis-Züge!» Fehlanzeige: Jeder «Lupf» kostet 80 bis 120 Franken. Aber was tut frau eigentlich, wenn sie in schwindelerregender Höhe mal muss? Ebenfalls simpel: «Petflasche statt Toi-Toi, der ganz normale Kranführerstandard.»

In den Pausenbaracken von Embraport herrscht allmählich wieder Aufbruchstimmung. Wittwer aber hat ihre Zigi längst ausgedrückt und die Kranleiter in Angriff genommen. Hoch oben wartet ihr Reich – und jede Menge Arbeit.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Oliver Fahrni, Marco Geissbühler, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Ralf Streck, Clemens Studer, Reto Wyss Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch Auflage 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia